

Amtsblatt der Europäischen Union

C 40



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

63. Jahrgang

6. Februar 2020

Inhalt

IV Informationen

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Europäische Kommission

2020/C 40/01	Euro-Wechselkurs — 5. Februar 2020	1
--------------	--	---

DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM BETREFFENDE INFORMATIONEN

EFTA-Überwachungsbehörde

2020/C 40/02	Entscheidung Nr. 085/19/COL vom 4. Dezember 2019 zur Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens in Bezug auf mutmaßliche staatliche Beihilfen zugunsten der Remiks-Gruppe (Sache 84370) Aufforderung zur Stellungnahme gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs	2
2020/C 40/03	Entscheidung Nr. 86/19/COL vom 5. Dezember 2019 zur Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens wegen mutmaßlicher staatlicher Beihilfen zugunsten von Gagnaveita Reykjavíkur Aufforderung zur Stellungnahme gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs	16

V Bekanntmachungen

GERICHTSVERFAHREN

EFTA-Gerichtshof

2020/C 40/04	Efta-Gerichtshof Urteil des Gerichtshofs vom 13. November 2019 in der Rechtssache E-2/19	33
--------------	--	----

DE

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK

Europäische Kommission

2020/C 40/05	Bekanntmachung des bevorstehenden Außerkrafttretens bestimmter Antidumpingmaßnahmen	34
--------------	---	----

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

Europäische Kommission

2020/C 40/06	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache M.9714 — Viacom/beIN/Miramax) Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall ⁽¹⁾	35
2020/C 40/07	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache M.9719 — Fairfax Financial Holdings Limited/OMERS Administration Corporation/Riverstone Barbados Limited) Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall ⁽²⁾	37

SONSTIGE RECHTSHANDLUNGEN

Europäische Kommission

2020/C 40/08	Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission	38
2020/C 40/09	Mitteilung an Unternehmen, die beabsichtigen, 2021 teilfluorierte Kohlenwasserstoffe als Massengut in der Europäischen Union in Verkehr zu bringen	47

⁽²⁾ Text von Bedeutung für den EWR.

IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN
STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

5. Februar 2020

(2020/C 40/01)

1 Euro =

Währung			Währung		
		Kurs			Kurs
USD	US-Dollar	1,1023	CAD	Kanadischer Dollar	1,4644
JPY	Japanischer Yen	120,94	HKD	Hongkong-Dollar	8,5572
DKK	Dänische Krone	7,4728	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,7006
GBP	Pfund Sterling	0,84444	SGD	Singapur-Dollar	1,5202
SEK	Schwedische Krone	10,5450	KRW	Südkoreanischer Won	1 302,97
CHF	Schweizer Franken	1,0717	ZAR	Südafrikanischer Rand	16,2246
ISK	Isländische Krone	138,10	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,6858
NOK	Norwegische Krone	10,1173	HRK	Kroatische Kuna	7,4568
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	IDR	Indonesische Rupiah	15 036,47
CZK	Tschechische Krone	25,055	MYR	Malaysischer Ringgit	4,5382
HUF	Ungarischer Forint	335,76	PHP	Philippinischer Peso	55,961
PLN	Polnischer Zloty	4,2491	RUB	Russischer Rubel	69,0320
RON	Rumänischer Leu	4,7734	THB	Thailändischer Baht	34,133
TRY	Türkische Lira	6,5975	BRL	Brasilianischer Real	4,6614
AUD	Australischer Dollar	1,6299	MXN	Mexikanischer Peso	20,4923
			INR	Indische Rupie	78,4330

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM BETREFFENDE INFORMATIONEN

EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE

Entscheidung Nr. 085/19/COL vom 4. Dezember 2019 zur Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens in Bezug auf mutmaßliche staatliche Beihilfen zugunsten der Remiks-Gruppe (Sache 84370)

Aufforderung zur Stellungnahme gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs

(2020/C 40/02)

Mit der oben genannten Entscheidung, die nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung wiedergegeben ist, hat die EFTA-Überwachungsbehörde Norwegen von ihrem Beschluss in Kenntnis gesetzt, wegen der genannten Maßnahme das Verfahren nach Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 (staatliche Beihilfen) zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs einzuleiten.

EFTA-Überwachungsbehörde
Registratur
Rue Belliard/Belliardstraat 35
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË
registry@eftasurv.int

Alle Stellungnahmen werden Norwegen übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekannt gegeben wird.

Übersicht

Verfahren

- (1) Am 16. August 2016 ging bei der Überwachungsbehörde eine Beschwerde von der Handelsorganisation „Norsk Industri“ ein.
- (2) Auf Ersuchen erhielt die Überwachungsbehörde am 5. Oktober 2016, 28. Februar, 20. März, 22. August, 31. Oktober und 20. November 2017 sowie am 5. März 2018 Informationen von den norwegischen Behörden.

Beschreibung der Maßnahmen

- (3) Die mutmaßlichen Beihilfeempfänger sind Remiks Miljøpark AS, Remiks Næring AS und Remiks Produksjon AS.
- (4) Remiks Miljøpark AS befindet sich zu 99,99 % im Besitz der Gemeinde Tromsø. Remiks Miljøpark AS hält 100 % der Anteile an Remiks Næring AS und Remiks Produksjon AS.
- (5) Remiks Miljøpark AS hält ebenfalls 100 % der Anteile an Remiks Husholdning AS. Dieses Unternehmen erbringt jedoch ausschließlich Dienstleistungen für die Gemeinde Tromsø und ist nicht auf dem Markt tätig. Die Käufe von Remiks Husholdning AS sind der Gemeinde zuzurechnen.
- (6) Von Anfang 2010 bis zum 1. Februar 2017 erwarb die Gemeinde Tromsø Abfallsammeldienste von Remiks Næring AS für ihre eigenen Industrieabfälle.

- (7) Seit Anfang 2010 und aktuell noch hat die Gemeinde Tromsø auf der Grundlage ihrer indirekten Kontrolle Remiks Husholdning AS angewiesen, die Haushaltsabfälle in der Gemeinde Tromsø zu sammeln. Seit dem 1. Februar und aktuell noch hat die Gemeinde Tromsø Remiks Husholdning AS angewiesen, auch die eigenen Industrieabfälle der Gemeinde Tromsø zu sammeln. Remiks Husholdning AS erbringt diese Dienstleistungen für die Gemeinde auf Selbstkostenbasis, d. h. sie erhält einen Ausgleich auf der Grundlage der vollen Kosten ohne Gewinne. Remiks Husholdning AS übernimmt die Sammlung der Abfälle, erwirbt aber die erforderlichen Abfallbehandlungsleistungen von ihrer Schwestergesellschaft Remiks Produksjon AS.
- (8) In den Jahren 2010 und 2012 übertrug die Gemeinde Tromsø im Zusammenhang mit der Gründung der Remiks-Gruppe Kapital, Schulden, bewegliche Güter und Immobilien auf die Muttergesellschaft Remiks Miljøpark AS.
- (9) Die Entscheidung betrifft drei Maßnahmen: i) Erwerb von Abfallsammeldienstleistungen durch die Gemeinde Tromsø von Remiks Næring AS; ii) Erwerb von Abfallbehandlungsdienstleistungen durch Remiks Husholdning AS von Remiks Produksjon AS und iii) Transaktionen von der Gemeinde Tromsø zugunsten der Remiks-Gruppe in den Jahren 2010 und 2012.

Beihilferechtliche Würdigung der Maßnahmen

- (10) Hinsichtlich der oben genannten Maßnahmen i) und ii) hat die Überwachungsbehörde Zweifel daran, ob die Gemeinde Tromsø bzw. Remiks Husholdning AS für die erworbenen Dienstleistungen den Marktpreis gezahlt haben. In Bezug auf die Maßnahme iii) hat die Überwachungsbehörde Zweifel daran, ob die Transaktionen zwischen der Gemeinde Tromsø und der Remiks-Gruppe zu Marktbedingungen im Einklang mit dem Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Wirtschaftsbeteiligten erfolgten.
- (11) Wenn die Maßnahmen eine staatliche Beihilfe darstellen, dann wurde gegen die in Teil I Artikel 1 Absatz 3 des Protokolls 3 (staatliche Beihilfen) zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs verankerte Verpflichtung, Beihilfen vor ihrer Durchführung anzumelden, verstoßen. Die staatliche Beihilfe wäre daher rechtswidrig.
- (12) Die norwegischen Behörden haben keine Argumente dafür vorgebracht, dass die Maßnahmen, soweit sie staatliche Beihilfen darstellen, als mit dem EWR-Abkommen vereinbar angesehen werden könnten. Die Überwachungsbehörde hat daher Zweifel an der Vereinbarkeit aller drei Maßnahmen mit dem EWR-Abkommen.

Decision No 085/19/COL of 4 December 2019 to open a formal investigation into potential state aid granted to the Remiks Group related to waste handling services

1. Summary

- (1) The EFTA Surveillance Authority (the „Authority“) wishes to inform Norway that, having assessed a complaint relating to (i) Tromsø municipality's purchase of waste collection services from Remiks Næring AS, (ii) Remiks Husholdning AS' purchase of waste treatment services from Remiks Produksjon AS, and (iii) transactions from Tromsø municipality to the Remiks Group in 2010 and 2012 (the „measures“), the Authority has doubts as to whether the measures constitute state aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement, and as to the compatibility of the measures with the EEA Agreement. Therefore, the Authority is required to open a formal investigation procedure ⁽¹⁾.
- (2) The complainant has also submitted a separate complaint about alleged violations of the public procurement rules. This decision, however, concerns the state aid complaint only, and remains without prejudice to the ongoing investigation concerning public procurement handled by the Authority's Internal Market Affairs Directorate ⁽²⁾.
- (3) The Authority has based its decision on the following considerations.

2. Procedure

- (4) By letter dated 16 August 2016, Norsk Industri, the Federation of Norwegian Industries, (the „complainant“) lodged a complaint against the measures ⁽³⁾.

⁽¹⁾ Reference is made to Article 4(4) of Part II of Protocol 3 to the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice.

⁽²⁾ Case No 78085.

⁽³⁾ Document No 814858.

- (5) The Norwegian authorities submitted comments to the complaint on 5 October 2016 ⁽⁴⁾. The Authority requested further information from the Norwegian authorities on 18 January 2017 ⁽⁵⁾, which was provided by letters dated 28 February ⁽⁶⁾ and 20 March 2017 ⁽⁷⁾.
- (6) The Authority provided the complainant with a preliminary view on the complaint by letter dated 24 May 2017 ⁽⁸⁾. The Authority received further information from the complainant on 22 June 2017 ⁽⁹⁾, and from the Norwegian Authorities on 22 August 2017 ⁽¹⁰⁾.
- (7) By letter dated 31 August 2017, the Authority requested further information from the Norwegian authorities ⁽¹¹⁾. By letters dated 31 October and 20 November 2017, the Norwegian authorities replied to the information request ⁽¹²⁾.
- (8) By letter dated 16 January 2018, the Authority requested further information from the Norwegian authorities ⁽¹³⁾, and the Norwegian authorities provided information by letter dated 5 March 2018 ⁽¹⁴⁾.
- (9) The complainant sent additional information by emails of 14 December 2016; 15 September and 13 November 2017; and 12 January, 31 January and 22 May 2018 ⁽¹⁵⁾.

3. Background

3.1 Historical development

- (10) In Norway, waste handling services are regulated by the Pollution Control Act ⁽¹⁶⁾. The Act makes a distinction between household waste, which is all waste from the municipalities' households, and industrial waste, which is the waste from public and private enterprises.
- (11) Up until 2009, Tromsø municipality organised its waste management services in-house through municipal units and enterprises. In 2009, the municipal council decided to organise the municipality's waste management in a group of limited liability companies ⁽¹⁷⁾. This was done to put an „arm's length“ between the municipality and the activities exposed to competition ⁽¹⁸⁾.
- (12) In June 2009, the municipal council converted the municipal enterprise Tromsø Miljøpark KF ⁽¹⁹⁾, which had previously performed waste management services for Tromsø municipality, into Remiks Miljøpark AS ⁽²⁰⁾. In December 2009, three subsidiaries were established under Remiks Miljøpark AS ⁽²¹⁾: Remiks Husholdning AS („Remiks Husholdning“), Remiks Næring AS („Remiks Næring“) and Remiks Produksjon AS („Remiks Produksjon“). Collectively the companies are referred to as the „Remiks Group“.

⁽⁴⁾ Document No 821154.

⁽⁵⁾ Document No 840687.

⁽⁶⁾ Document No 844198.

⁽⁷⁾ Document No 848555.

⁽⁸⁾ Document No 854974.

⁽⁹⁾ Document No 862433.

⁽¹⁰⁾ Document No 870978.

⁽¹¹⁾ Document No 870978.

⁽¹²⁾ Documents No 880582 and 884931.

⁽¹³⁾ Document No 882703.

⁽¹⁴⁾ Document No 901145.

⁽¹⁵⁾ Documents No 831575, 873959, 882172, 896066, 895954 and 914528.

⁽¹⁶⁾ *Forurensningsloven*, LOV-1981-03-13-6.

⁽¹⁷⁾ Attachments 2, 3 and 4b to letter dated 3.5.18, Documents No 901215, 901211 and 901203; Tromsø municipality's letter dated 31. Oktober 2017, Document No 880582, and Attachment 7 to the letter, Document No 880592.

⁽¹⁸⁾ Preparatory papers from Tromsø municipality's administration to the municipality council, Attachment 2 to letter dated 5.3.18, Document No 901215.

⁽¹⁹⁾ A municipal enterprise (in Norwegian: *kommunalt foretak*, shortened KF) is an administrative branch of the central municipality, and not a separate legal entity. Municipal enterprises are regulated by the Local Government Act chapter 11.

⁽²⁰⁾ Tromsø municipality's letter, dated 31. Oktober 2017, Document No 880582, and Attachments 6 and 7 to the letter, Documents No 880590 and 880592.

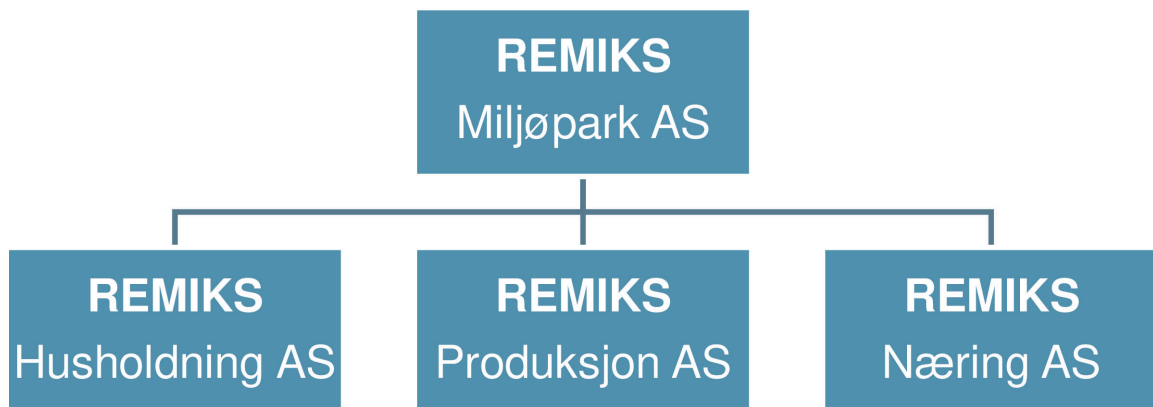
⁽²¹⁾ Letter from Tromsø municipality, dated 5. März 2018, Document No 901145, and Attachment 4 to the letter, Document No 901219, and Tromsø municipality's letter dated 31. Oktober 2017, Document No 880582 and Attachment 7 to the letter, Document No 880592.

3.2 *Transactions involving the Remiks Group in 2010 and 2012*

- (13) On 23 June 2010, Tromsø municipal council made the formal decision to transfer the capital and liabilities that were left in the municipal enterprises Tromsø Miljøpark KF and Remiks Tromsø KF to Remiks Miljøpark AS ⁽²²⁾. The transactions involved movables, capital, liabilities, and real estate, including the waste handling facility Remiks Miljøpark (the same name as the parent company) where the Remiks Group companies have their business. The assets were converted into share capital in Remiks Miljøpark AS ⁽²³⁾.
- (14) In 2012, Tromsø municipal council decided to transfer real estate and a loan to Remiks Miljøpark AS, in addition to adjusting the value of the real estate transferred in 2010 ⁽²⁴⁾. In both the preparatory paper ⁽²⁵⁾ and the decision ⁽²⁶⁾, Tromsø municipality specified a requirement for a 9 % return on the investment.

3.3 *The current company structure*

- (15) Per November 2019, the Remiks Group is organised as follows ⁽²⁷⁾:
- Remiks Miljøpark AS is the parent company in the Remiks Group. It is owned 99,99 % by Tromsø municipality and 0,01 % by Karlsøy municipality ⁽²⁸⁾. It provides services and rents out property to its subsidiaries.
 - Remiks Husholdning is owned 100 % by Remiks Miljøpark AS. Until 2017, it only collected household waste for Tromsø municipality. As of 1 February 2017, it also collects Tromsø municipality's own industrial waste.
 - Remiks Næring is owned 100 % by Remiks Miljøpark AS. Remiks Næring specialises in the collection of industrial waste, and offers such services on the market. Until 1 February 2017, it had an agreement with Tromsø municipality for the collection of Tromsø municipality's own industrial waste.
 - Remiks Produksjon is owned 100 % by Remiks Miljøpark AS. It provides waste treatment services on the market, primarily to its sister companies.
- (16) Below is an illustration of the Remiks Group's structure:



3.4 *Household waste*

- (17) The Norwegian Pollution Control Act, section 27a, first paragraph, defines household waste as waste from private households, including large objects such as furniture, etc.

⁽²²⁾ Attachment 8a to Tromsø municipality's letter dated 5. März 2018, Document No 901189. The transfers were decided on in 2010, but backdated to the establishment of Remiks Miljøpark AS in 2009.

⁽²³⁾ Attachments 4, 4c and 8a to Tromsø municipality's letter dated 5. März 2018, Documents No 901219, 901205 and 901189.

⁽²⁴⁾ Letter from Tromsø municipality, dated 5. März 2018, Document No 901145, and attachments 8, 8b, 8c, 8d and 9 to the letter, Documents No 901183, 901181, 901177, 901179 and 901175.

⁽²⁵⁾ In Norwegian: *saksfremlegg*.

⁽²⁶⁾ Attachment 9 to the letter from Tromsø municipality, dated 5. März 2018, Document No 901175.

⁽²⁷⁾ Based on information obtained at www.purehelp.no 21. November 2019.

⁽²⁸⁾ The 0,01 % ownership by Karlsøy municipality seems to be related to intentions that Tromsø and Karlsøy would cooperate on waste handling, but this seems not to have materialised. See letter from Tromsø municipality, dated 5. März 2018, Document No 901145.

- (18) Under the Pollution Control Act, sections 29 and 30, the municipalities are obliged to collect and have facilities to treat household waste ⁽²⁹⁾. The costs associated with the waste management are to be covered by a fee, levied on the inhabitants ⁽³⁰⁾. The municipal waste fee are to be calculated based on a self-cost principle; covering the total costs of collecting and handling the waste on behalf of the municipality, without generating a profit for the municipality, in accordance with the Waste Regulation, chapter 15 ⁽³¹⁾.
- (19) When Tromsø municipality reorganised its waste handling services and established the Remiks Group in 2010, by way of its control in Remiks Husholdning it instructed Remiks Husholdning to collect the household waste on behalf of the municipality, based on the self-cost principle. Remiks Husholdning collects and sorts the waste. However, it purchases the waste treatment services, consisting of incineration, depositing and recycling, from its sister company Remiks Produksjon.

3.5 **Industrial waste**

- (20) The Norwegian Pollution Control Act, section 27a, second paragraph, defines industrial waste as waste from public and private enterprises and institutions.
- (21) The Norwegian Pollution Control Act does not oblige the municipalities to organise the collection or handling of industrial waste. Any operator can therefore offer these services on the market. However, all producers of industrial waste are obliged to ensure the proper disposal and handling of their waste. Tromsø municipality, as a producer of industrial waste, is therefore obliged to ensure the proper collection and treatment of its own industrial waste, produced by the different municipal units (kindergartens, hospitals, nursing homes, municipal offices, etc.) ⁽³²⁾.
- (22) Before 2010, Tromsø municipality ensured the collection of its own industrial waste through a municipal enterprise ⁽³³⁾. When Tromsø municipality reorganised its waste handling services and established the Remiks Group, Remiks Næring took over the collection of the municipality's own industrial waste ⁽³⁴⁾. Therefore, the agreements for the services were not tendered out or renegotiated. From 2010, Remiks Næring merely continued to provide the same services to the municipality as the municipal enterprise had done before the reorganisation. The only thing that changed was the invoicing system, from internal and centralised to external and decentralised. This meant that each municipal unit (municipal offices, kindergarten, etc.) paid for the service from their budget, and Remiks Næring treated them as individual customers ⁽³⁵⁾.
- (23) Because of this continuation of the collection services, Remiks Næring and Tromsø municipality never entered into a formal contract for the waste collection services ⁽³⁶⁾. The Norwegian authorities have described the arrangement as an unwritten framework agreement where each municipal unit decided its need for waste collection, and was invoiced separately ⁽³⁷⁾. The Authority will refer to the arrangement between Tromsø municipality and Remiks Næring, regarding the collection of industrial waste, simply as an agreement.
- (24) In 2016, Tromsø municipality decided to terminate the agreement with Remiks Næring, and concluded a new framework agreement with Remiks Husholdning for the collection of the municipality's industrial waste, starting 1 February 2017. The agreement was awarded directly, and based on a self-cost principle, meaning that the compensation covers the full costs, but no profits ⁽³⁸⁾.
- (25) Remiks Husholdning foresaw a total price for the services in 2017 of approximately NOK 8,2 million. This was NOK 3,2 million less than the combined total price all the individual municipal units paid to Remiks Næring in 2016 ⁽³⁹⁾.

⁽²⁹⁾ This means that any private operator needs an explicit permission from the municipality, in order to provide the service.

⁽³⁰⁾ The Pollution Control Act, section 34. The fees can be secured through a statutory charge pursuant to the Mortgage Act (*panteloven*, LOV-1980-02-08-2).

⁽³¹⁾ The Waste Regulation (*avfallsforskriften*, FOR-2004-06-01-930), chapter 15.

⁽³²⁾ The Pollution Control Act, section 32, first paragraph.

⁽³³⁾ Letter from Tromsø municipality, dated 5. März 2018, Document No 901145.

⁽³⁴⁾ Letter from Tromsø municipality, dated 5. März 2018, Document No 901145.

⁽³⁵⁾ Letter from Tromsø municipality, dated 5. März 2018, Document No 901145.

⁽³⁶⁾ Letter from Tromsø municipality, dated 5. März 2018, Document No 901145.

⁽³⁷⁾ Letter from Tromsø municipality, dated 5. März 2018, Document No 901145, and letter of 31. Oktober 2017, Document No 880582.

⁽³⁸⁾ Letter from Tromsø municipality, dated 5. März 2018, Document No 901145, and attachment 16 to the letter, Document No 901161.

⁽³⁹⁾ This is based on calculations conducted by the complainant in letter from the complainant dated 22.6.17, Document No 862433.

4. Measures covered by the complaint

(26) The complainant has complained about three separate measures:

(27) First, alleged overpayment under the agreement between Tromsø municipality and Remiks Næring for collection of industrial waste for the period running from 2010 until 1 February 2017.

(28) Second, alleged overpayment in relation to Remiks Husholdning's purchase of waste treatment services from its sister company Remiks Produksjon. This agreement has been in force since the establishment of Remiks Husholdning in 2010 and is ongoing.

(29) Third, certain transactions from Tromsø municipality to the Remiks Group in 2010 and 2012, which allegedly were not conducted on market terms.

5. Presence of state aid

5.1 Introduction

(30) Article 61(1) of the EEA Agreement stipulates that:

„Save as otherwise provided in this Agreement, any aid granted by EC Member States, EFTA States or through State resources in any form whatsoever which distorts or threatens to distort competition by favouring certain undertakings or the production of certain goods shall, in so far as it affects trade between Contracting Parties be incompatible with the functioning of this Agreement.“

(31) The qualification of a measure as aid within the meaning of this provision therefore requires the following cumulative conditions to be met: (i) the measure must be granted by the State or through state resources; (ii) it must confer an advantage on an undertaking; (iii) favour certain undertakings (selectivity); and (iv) threaten to distort competition and affect trade.

5.2 Presence of state resources

5.2.1 Introduction

(32) For the measure to constitute aid, it must be granted by the State or through state resources. State resources include all resources of the public sector, including resources of intra-state entities (decentralised, federated, regional or other) ⁽⁴⁰⁾.

(33) The transfer of state resources may take many forms, such as direct grants, loans, guarantees, direct investment in the capital of companies and benefits in kind. A positive transfer of funds does not have to occur; waiving revenue that would otherwise have been paid to the state constitutes a transfer of state resources ⁽⁴¹⁾.

5.2.2 Tromsø municipality's purchase of industrial waste collection services

(34) The remuneration Tromsø municipality paid to Remiks Næring for the collection of industrial waste came from the budget of Tromsø municipality, as does the remuneration which Remiks Husholdning is currently receiving for the same services. The remuneration therefore constitutes state resources.

5.2.3 Remiks Husholdning's purchase of waste treatment services from Remiks Produksjon

(35) The notion of state aid as expressed in Article 61(1) of the EEA Agreement is to be interpreted widely, therefore it covers not only aid granted directly via the state budget but also compulsory contributions imposed by state legislation. Measures financed through parafiscal charges or compulsory contributions imposed by the State and managed and apportioned in accordance with the provisions of public rules imply a transfer of state resources, even if not administered by the public authorities ⁽⁴²⁾.

⁽⁴⁰⁾ See the Authority's Guidelines on the notion of state aid („NoA“) (OJ L 342, 21.12.2017, p. 35), and EEA Supplement No 82, 21. Dezember 2017, p. 1, para. 48.

⁽⁴¹⁾ NoA, para. 51.

⁽⁴²⁾ See NoA, para. 58; Decision No 306/09/COL of 8. Juli 2009 on the Norwegian Broadcasting Corporation, section 1.2.1, and judgment in *Italy v Commission*, 173/73, EU:C:1974:71, para. 16.

- (36) Remiks Husholdning is financed through the waste fee, which is fixed in accordance with the principles laid down in section 34 of the Pollution Control Act and chapter 15 of the Waste Regulation. The fee is collected by the municipality and disbursed via the municipal budget ⁽⁴³⁾. Thus, the public authorities determine both the size and use of the fee. Further, its legal basis and the way it is collected indicates that it is under the permanent control of public authorities. The fee must therefore be considered to constitute state resources. This Assessment is in line with the Authority's conclusion in its decision on the financing of municipal waste collectors in Norway in 2013 ⁽⁴⁴⁾.
- (37) Further, it must be considered whether Remiks Husholdning's purchase of waste treatment services from Remiks Produksjon is imputable to Tromsø municipality. That is, whether Tromsø municipality must be regarded as having been involved in the adoption of the measures ⁽⁴⁵⁾.
- (38) Remiks Husholdning is indirectly owned by Tromsø municipality and subject to public law, such as the public procurement rules ⁽⁴⁶⁾. The purchase of waste treatment services from Remiks Produksjon is conducted under the control and instruction of Tromsø municipality, in accordance with the Pollution Control Act. Furthermore, as Remiks Husholdning has been granted an exclusive right to collect the household waste by Tromsø municipality it is not subject to competition on the market, but rather operating under a monopoly ⁽⁴⁷⁾.
- (39) Based on this, Remiks Husholdning's purchase of waste treatment services from Remiks Produksjon appears imputable to Tromsø municipality, so as to constitute state resources for the purposes of Article 61(1) EEA.

5.2.4 *The transactions involving the Remiks Group in 2010 and 2012*

- (40) If public authorities or public undertakings provide goods or services at a price below market rates, or invest in an undertaking in a manner that is inconsistent with the market economy operator („MEO“) principle, this implies foregoing state resources (as well as the granting of an advantage) ⁽⁴⁸⁾.
- (41) Therefore, if the transactions from Tromsø municipality to the Remiks Group in 2010 and 2012 were not conducted on market terms, state resources within the meaning of Article 61(1) of the EEA might have been involved.

5.3 **Undertaking**

- (42) Only advantages granted to „undertakings“ are subject to state aid law. The concept of an undertaking covers any entity that engages in an economic activity regardless of its status and the way it is financed. Hence, the public or private status of an entity, or the fact a company is partly or wholly publicly owned, has no bearing on whether or not the entity is an „undertaking“ ⁽⁴⁹⁾.
- (43) An activity is economic in nature where it consists in offering goods and services on a market ⁽⁵⁰⁾. The assessment of the activity must be based on the factual evidence, and the question is whether there is a market for the services concerned ⁽⁵¹⁾. In this regard, it is relevant to consider whether the entities receive compensation for the services, at what level, and whether they face competition from other undertakings ⁽⁵²⁾.
- (44) Remiks Næring has, since its establishment in 2010, been providing services for collection of industrial waste for remuneration in competition with other undertakings. Based on this, Remiks Næring appears to engage in economic activity so as to constitute an undertaking.
- (45) Remiks Produksjon offers waste treatment services. The services are offered on the market for remuneration and in competition with other providers. Remiks Produksjon thus appears to engage in economic activity so as to constitute an undertaking.

⁽⁴³⁾ The fifth paragraph of section 34 of the Pollution Control Act.

⁽⁴⁴⁾ Decision No 91/13/COL of 27. Februar 2013, on the financing of municipal waste collectors, para. 26.

⁽⁴⁵⁾ Judgment in *France v Commission*, C-482/99, EU:C:2002:294, para. 52.

⁽⁴⁶⁾ Letter from Tromsø municipality, dated 5. März 2018, Document No 901145.

⁽⁴⁷⁾ Letter from Tromsø municipality, dated 5. März 2018, Document No 901145. See also NoA, para. 43.

⁽⁴⁸⁾ NoA, para. 52.

⁽⁴⁹⁾ Judgment in *Congregación de Escuelas Pías Provincia Betania*, C-74/16, EU:C:2017:496, para. 42.

⁽⁵⁰⁾ NoA, section 2.1.

⁽⁵¹⁾ Judgment in *Havenbedrijf Antwerpen and Maatschappij van de Brugse Zeehaven v Commission*, T-696/17, EU:T:2019:652, para. 56.

⁽⁵²⁾ Case E-29/15 *Sorpa* [2016] EFTA Ct. Rep. 825, paras 51–64.

- (46) In relation to the transfers from Tromsø municipality to the Remiks Group in 2010 and 2012, the Group must be considered to form one economic unit ⁽⁵³⁾. An entity which, owning controlling shareholdings in a company, actually exercises that control by involving itself directly or indirectly in the management thereof must be regarded as taking part in the economic activity carried on by the controlled undertaking ⁽⁵⁴⁾.
- (47) The subsidiaries in the Remiks Group are fully owned by Remiks Miljøpark AS, and the Authority does not have any indications that Remiks Miljøpark AS is not involved in the management of its fully owned subsidiaries. The Authority has preliminarily concluded that both Remiks Næring and Remiks Produksjon undertake economic activity (see immediately above). With this, it is also the Authority's preliminary conclusion that the Remiks Group, as one economic unit, constitutes an undertaking for the purposes of the application of state aid rules, in so far as it is engaged in the economic activities of Remiks Næring and Remiks Produksjon ⁽⁵⁵⁾.

5.4 **Advantage**

5.4.1 *Introduction*

- (48) The qualification of a measure as state aid requires that it confers an advantage on the recipient. An advantage, within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement, is any economic benefit that an undertaking could not have obtained under normal market conditions ⁽⁵⁶⁾.
- (49) The measure constitutes an advantage not only if it confers positive economic benefits, but also in situations where it mitigates charges normally borne by the budget of the undertaking. This covers all situations in which economic operators are relieved of the inherent costs of their economic activities ⁽⁵⁷⁾.
- (50) Economic transactions carried out by public bodies are considered not to confer an advantage on the counterpart of the agreement, and therefore not to constitute aid, if they are carried out in line with normal market conditions ⁽⁵⁸⁾. This is assessed pursuant to the MEO principle ⁽⁵⁹⁾. Therefore, when public authorities purchase a service, it is generally sufficient, to exclude the presence of an advantage, that they pay market price.
- (51) Whether a transaction is in line with market conditions can be established on the basis of a generally accepted, standard assessment methodology, relying on the available objective, verifiable and reliable data, which should be sufficiently detailed and should reflect the economic situation at the time at which the transaction was decided, taking into account the level of risk and future expectations ⁽⁶⁰⁾.

5.4.2 *Tromsø municipality's purchase of waste collection services from Remiks Næring*

5.4.2.1 *Introduction*

- (52) According to the MEO principle, the decision to carry out a transaction must have been taken on the basis of economic evaluations comparable to those which, in similar circumstances, a rational MEO (with characteristics similar to those of the public body concerned) would have carried out to determine the profitability or economic advantage of the transaction ⁽⁶¹⁾. When examining compliance with the principle it is only the information known at the time of the decision which is relevant ⁽⁶²⁾.
- (53) The purchase of the services through a competitive tender is only one of several methods for ensuring that a transaction does not confer an advantage within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement. To establish whether a transaction is in line with market conditions, that transaction can be assessed in the light of the terms on which comparable transactions carried out by comparable private operators have taken place in comparable situations (benchmarking) ⁽⁶³⁾ or through a qualified financial assessment ⁽⁶⁴⁾.
- (54) Below, the Authority examines the different lines of reasoning that the complainant has brought forward in support of its assertion that Remiks Næring has been overcompensated.

⁽⁵³⁾ NoA, para. 11.

⁽⁵⁴⁾ Judgment in *AceaElectrabel Produzione v Commission*, C-480/09 P, EU:C:2010:787, para. 49.

⁽⁵⁵⁾ NoA, para. 11.

⁽⁵⁶⁾ NoA, para. 66.

⁽⁵⁷⁾ NoA, para. 68.

⁽⁵⁸⁾ Judgment in *SFEI and others*, EU:C:1996:285, C-39/94, paras 60–62.

⁽⁵⁹⁾ NoA, para. 76.

⁽⁶⁰⁾ NoA, para. 101.

⁽⁶¹⁾ NoA, para. 79.

⁽⁶²⁾ NoA, para. 78.

⁽⁶³⁾ NoA, paras 98–100.

⁽⁶⁴⁾ NoA, paras 101–105.

5.4.2.2 Benchmarking

- (55) The complainant alleges that Tromsø municipality has paid disproportionately more than Bodø municipality for similar waste collection services in the same period.
- (56) The complainant states that Tromsø municipality in 2016 paid to Remiks Næring five times what Bodø municipality paid to Retura Iris AS for collection of industrial waste. Both Tromsø and Bodø are municipalities in the North of Norway, located by the coast, and with a road network interrupted by fjords. The complainant argues that the two municipalities are comparable in size and population density. While there are 5 100 people working in Tromsø municipality at 160 municipal locations, there are 3 100 people working in Bodø municipality, at 100 locations. On that basis, the complainant argues that the price paid in Tromsø should not exceed a price which is proportionally higher (approximately 60–65 % higher) than that paid in Bodø for similar services ⁽⁶⁵⁾.
- (57) The Norwegian authorities argue that the agreements in Tromsø and Bodø are different in both size and nature, and that the agreement with Bodø municipality therefore cannot serve as an appropriate benchmark. The municipality of Tromsø has paid a fixed price for waste collection services, based on the size of the bins, regardless of the actual weight. Thus, Remiks Næring carried the risk of the municipality disposing of more waste than budgeted for. The fixed price also covered additional services such as picking up waste that had fallen outside of the bins and additional bags placed next to the bins – in addition to educating the public, raising climate and environmental awareness ⁽⁶⁶⁾. The municipality of Bodø had an agreement where it paid a price based on the actual weight of waste collected, which means the municipality carried the risk of disposing of more waste than budgeted for. Thus, the scope of and risk allocation under the two agreements are different.
- (58) Further, the Norwegian authorities argue that the difference in geography, the population density, and municipal locations, including the number of municipal employees, justify different prices for the collection of industrial waste in Tromsø and Bodø.
- (59) Based on the above, it is the Authority's preliminary conclusion that benchmarking against Bodø municipality is not an appropriate way to evaluate the market price for the waste collection services ⁽⁶⁷⁾.

5.4.2.3 Negotiating a better price

- (60) The complainant argues that the municipality of Tromsø is the largest purchaser of waste collection services in the area concerned, and that it therefore should have been able to negotiate a better price ⁽⁶⁸⁾.
- (61) An advantage, within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement, is any economic benefit, which an undertaking could not have obtained under normal market conditions ⁽⁶⁹⁾. To establish whether a transaction complies with market conditions, the transaction can be assessed in the light of the terms under which comparable transactions carried out by a comparable private operator would have taken place in a comparable situation ⁽⁷⁰⁾.
- (62) The Norwegian authorities have provided documentation indicating that a number of private undertakings have purchased comparable products at the same or a higher price than Tromsø municipality ⁽⁷¹⁾. However, it is not clear whether the list includes the majority of Remiks Næring's other customers, or only a smaller selection. The Authority invites the Norwegian authorities to provide further information on the proportion of other customers that have purchased comparable products to a price equal to or higher than that paid by Tromsø municipality.

5.4.2.4 Increase in remuneration during the contract period

- (63) The complainant further points out that the total compensation paid to Remiks Næring for the relevant services increased from NOK 7,7 million in 2010 to NOK 11,4 million in 2016, so almost 50 % over six years.

⁽⁶⁵⁾ The Complaint, dated 15. August 2016, Document No 814858, and Annexes IV–VII to the complaint, Documents No 818909–818911.

⁽⁶⁶⁾ Letter from Remiks Group, dated 30. Oktober 2017, Document No 880602.

⁽⁶⁷⁾ See also the Authority's letter dated 24. Mai 2017, Document No 854974.

⁽⁶⁸⁾ Letter from the complainant, dated 15. Dezember 2016, Document No 831575.

⁽⁶⁹⁾ NoA, para. 66.

⁽⁷⁰⁾ NoA, para. 98.

⁽⁷¹⁾ Letter from Remiks Næring, dated 29. September 2016, Document No 821156.

- (64) The Norwegian authorities have provided documentation showing that the number of inhabitants and municipal employees has increased in the same period, and that the municipality has made several investments in new municipal buildings and units, which has led to an increase in the production of waste. The increase in remuneration to Remiks Næring is also mirrored in a corresponding increase in operating expenditure ⁽⁷²⁾.
- (65) The Authority, however, has doubts as to whether the information provided can explain a 50 % increase in price over a period of six years. The Authority therefore invites the Norwegian authorities to provide further information on the basis for the increases in the total remuneration paid.

5.4.2.5 Difference compared to the price budgeted by Remiks Husholdning for 2017

- (66) As of 1 February 2017, Tromsø municipality terminated the agreement with Remiks Næring, and instructed Remiks Husholdning to collect the municipal industrial waste on an in-house basis, at a price not exceeding the costs (self-cost). Remiks Husholdning estimated budget for 2017 was NOK 8,2 million, which is NOK 3,2 million less than the NOK 11,4 million that Remiks Næring received for the services in 2016.
- (67) The complainant argues that, provided the costs for the waste collection services were the same in 2016 and 2017, Remiks Næring would have had a profit of NOK 3,2 million for the services it provided in 2016. This would entail a margin on these services of 30 %, which is considerably higher than the market standard, which the complainant estimates at 0–8 % ⁽⁷³⁾.
- (68) The Norwegian authorities argue that the services provided by Remiks Næring under the 2016 agreement and the services provided by Remiks Husholdning under the 2017 agreement are materially different. Under the agreement with Remiks Næring, Tromsø municipality had a fixed price agreement whereby Remiks Næring carried the risk of the municipality disposing of more waste than budgeted for ⁽⁷⁴⁾. Under the self-cost agreement with Remiks Husholdning, Tromsø municipality entered into an agreement based on the actual weight disposed, which means that the municipality carries the risk of disposing of more waste than budgeted for. The Norwegian authorities argue that the allocation of risk under the two agreements is thus not comparable, and justifies different prices.
- (69) Further, the Norwegian authorities argue that Remiks Husholdning has been able to take advantage of synergies and efficiency gains when coordinating the collection of industrial waste with the collection of household waste, leading to lower overall costs. It is also argued that Remiks Husholdning is currently at its most efficient, and therefore able to take full advantage of its resources. In the view of the Norwegian authorities, this justifies the difference in price between the remuneration paid to Remiks Næring in 2016 and Remiks Husholdning's budget for 2017.
- (70) While the Norwegian authorities have provided explanations seeking to justify the difference in remuneration in 2016 and 2017, the Authority has not been provided with documentation underlying these explanations. The Authority therefore invites the Norwegian authorities to provide documentation evidencing the efficiency gains and synergies said to justify the difference.

5.4.2.6 Conclusion

- (71) Based on the above, the Norwegian authorities have not at present time provided sufficient evidence showing that the price paid to Remiks Næring for collection of industrial waste, complies with the MEO principle.
- (72) In light of the above, and in particular in light of the absence of sufficient evidence supporting that the price paid for the collection of industry waste in the period from 2010 to 1 February 2017 was determined in line with normal market conditions, the Authority has formed the preliminary view that Remiks Næring may have received an advantage, within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.

⁽⁷²⁾ Letter from Tromsø Municipality, dated 5. März 2018, Document No 901145.

⁽⁷³⁾ Letter from the complainant, dated 13. November 2017, Document No 882862.

⁽⁷⁴⁾ Further explained in section 7.4.2.2.

5.4.3 *Remiks Husholdning's purchase of waste treatment services from Remiks Produksjon*

- (73) The Norwegian authorities argue that it is impossible for Remiks Husholdning to purchase waste treatment services from any other undertaking than Remiks Produksjon. The reason being that for Remiks Husholdning to purchase waste treatment services from such a third party, the waste that goes through Remiks Husholdning's optical sorting machine would have to be transported out of Remiks Miljøpark, through Remiks Produksjon's business area. Remiks Produksjon has not consented to allowing third parties to enter its business area, let alone transport waste through it. This explains why Remiks Husholdning has been purchasing waste treatment services from Remiks Produksjon without tendering out the services ⁽⁷³⁾.
- (74) The complainant intimates that the purchase of these services, without a tender, has led to Remiks Husholdning paying a price above market price for waste treatment services.
- (75) The Norwegian authorities argue that the services Remiks Husholdning purchase from Remiks Produksjon are provided on market terms and in accordance with the arm's length principle in the Limited Liability Companies Act, section 3-9 ⁽⁷⁶⁾.
- (76) In determining an appropriate price for Remiks Husholdning's purchase of waste treatment services from Remiks Produksjon, the two parties looked at the price Remiks Næring paid to Remiks Produksjon for waste treatment services. Remiks Husholdning and Remiks Næring considered that the services Remiks Husholdning purchased were comparable in type and volume to those purchased by Remiks Næring, and that the costs for treating household and industrial waste are similar.
- (77) The Authority is, however, not convinced that the prices paid by another company in the same group is an appropriate benchmark for establishing market price.
- (78) In light of the above, and in particular in light of the absence of evidence supporting that the compensation paid to Remiks Produksjon did not lead to overcompensation, the Authority has formed the preliminary view that Remiks Produksjon may have received an advantage within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.
- (79) The Authority invites the Norwegian authorities to provide documentation to substantiate that the compensation paid to Remiks Produksjon in line with normal market conditions ⁽⁷⁷⁾.

5.4.4 *Transactions to the Remiks Group in 2010 and 2012*

- (80) The complainant argues that Tromsø municipality did not require a sufficient return on the transactions from Tromsø municipality to the Remiks Group in 2010 and 2012.
- (81) With the establishment of the Remiks Group in 2010, Tromsø municipality transferred (a) capital, (b) debt, (c) movables and (d) real estate to the Remiks Group ⁽⁷⁸⁾. The assets were converted into share capital. The preparatory paper drafted for the purpose of the transactions ⁽⁷⁹⁾ underlined the importance of complying with the MEO principle. However, it is not clear how the municipality actually ensured compliance with the principle.
- (82) In 2012, Tromsø municipality transferred (a) real estate and (b) debt to Remiks Miljøpark AS, in addition to (c) adjusting the value of the real estate transferred in 2010 ⁽⁸⁰⁾. The Tromsø municipal board decided to require a 9 % return. The preparatory paper prepared for the purpose of the transactions underlined the need to determine an appropriate level of return on the basis of the MEO principle. The preparatory paper included a discussion on whether the fact that only 40 % of the Remiks Group's activities are conducted in a competitive market, while the remaining 60 % are activities for which the municipality cannot obtain a profit, is relevant for the MEO principle, but does not seem to reach a conclusion on this point ⁽⁸¹⁾. The preparatory paper found a 9 % return appropriate ⁽⁸²⁾, but did not set out the economic assessment explaining why.

⁽⁷³⁾ Letter from Tromsø municipality, dated 5.3.18, Document No 901145.

⁽⁷⁶⁾ *Lov om aksjeselskaper*, LOV-1997-06-13-44.

⁽⁷⁷⁾ NoA, para. 74.

⁽⁷⁸⁾ Attachment 8a to letter dated 5. März 2018, Document No 901189.

⁽⁷⁹⁾ Attachments 4, 4a, 4b and 4c to the letter from Tromsø municipality dated 5. März 2018, Documents No 901219, 901213, 901203 and 901205.

⁽⁸⁰⁾ Attachment 9 to letter dated 5. März 2018, Document No 901175.

⁽⁸¹⁾ The same assessment is included in the preparatory paper in relation to the 2010 transfer, Attachment 4 to the letter from Tromsø municipality dated 5. März 2018, Document No 901219.

⁽⁸²⁾ Attachments 8, 8b, 8c, 8d to letter dated 5.3.18, Documents No 901183, 901181, 901177 and 901197.

- (83) The complainant further argues that the 9 % level of return set in 2012 was determined based on only 40 % of the Remiks Group's turnover originating from the group's commercial activities (Remiks Næring and Remiks Produksjon). According to the complainant, the division between commercial and non-commercial activity shifted, and in 2016, 58 % of the turnover was linked to the commercial activities in Remiks Næring and Remiks Produksjon ⁽⁸³⁾. Allegedly, as the conditions for setting the relevant rate of return changed, Tromsø municipality should have adjusted the level of return ⁽⁸⁴⁾.
- (84) Whether a transaction complies with the MEO principle must be examined on an *ex ante* basis, having regard to the information available at the time the transactions were decided. The relevant evidence is the information which was available, and the developments which were foreseeable, at the time when the investment decision was made ⁽⁸⁵⁾.
- (85) The question is therefore whether, based on the information available at the time, a rational market economy operator (with characteristics similar to Tromsø municipality) would have carried out similar transactions.
- (86) In relation to the transactions referred to in paragraph (81) above, the Authority invites the Norwegian authorities to provide further information on the transfers and how these comply with the MEO principle.
- (87) In relation to the transactions referred to in paragraph (82) above, the Authority invites the Norwegian authorities to provide documentation for, and further elaborate on, the assessments forming the basis for an assessment of compliance with the MEO principle, and the relevant level of return.

5.5 **Selectivity**

- (88) To be characterised as state aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement, the measure must also be selective in that it favours „certain undertakings or the production of certain goods“. Not all measures which favour economic operators fall under the notion of aid, only those which grant an advantage in a selective way to certain undertakings, categories of undertakings or to certain economic sectors.
- (89) The purchase of services from Remiks Næring and Remiks Produksjon are specific transactions benefitting the two undertakings respectively.
- (90) Similarly, the transfers to the Remiks Group are specific transactions benefitting the company group.
- (91) Accordingly, the alleged measures must be considered selective in the sense of Article 61(1) of the EEA Agreement.

5.6 **Effect on trade and distortion of competition**

- (92) In order to constitute state aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement, the measures must be liable to distort competition and affect trade between EEA States.
- (93) Measures granted by the State are considered liable to distort competition when they are liable to improve the position of the recipient compared to other undertakings with which it competes. A distortion of competition within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement is generally found to exist when the State grants a financial advantage to an undertaking in a liberalised sector where there is, or could be, competition ⁽⁸⁶⁾.
- (94) Public support may be liable to distort competition even if it does not help the recipient undertaking to expand or gain market share. It is enough that the aid allows it to maintain a stronger competitive position than it would have had if the aid had not been provided ⁽⁸⁷⁾.
- (95) To the extent that the relevant measures have not been carried out in line with normal market conditions, they have conferred an advantage on the relevant undertakings which may have strengthened the undertakings' position compared to other undertakings competing with them.

⁽⁸³⁾ Note that some of the revenues in Remiks Produksjon stem from treating household waste from Remiks Husholdning. The complainant has not explained whether or how this affects the calculations.

⁽⁸⁴⁾ The complainant's letter dated 22. Mai 2018, Document No 914528.

⁽⁸⁵⁾ Judgment in *Commission v EDF*, C-124/10 P, EU:C:2012:318, paras 83–85 and 105; judgment in *France v Commission*, C-482/99, EU:C:2002:294, paras 71–72.

⁽⁸⁶⁾ NoA, para. 187.

⁽⁸⁷⁾ NoA, para. 189.

- (96) The measures must also be liable to affect trade between EEA States. Where state aid strengthens the position of an undertaking compared with other undertakings competing in intra-EEA trade, this is assumed to have effect on trade between EEA States ⁽⁸⁸⁾.
- (97) The Authority has previously found that public support to waste collection services in Norway is liable to distort competition and affect trade between EEA States ⁽⁸⁹⁾. Waste collection and treatment is increasingly an international industry. In 2017, Norway exported 1,7 million tons of waste ⁽⁹⁰⁾. The practice of tendering out waste services also means that undertakings from other EEA States can compete for waste handling contracts in other municipalities ⁽⁹¹⁾.
- (98) The competitive situation is also highlighted in one of the preparatory papers in relation to the establishment of the Remiks Group in 2010. The paper notes an increasing number of undertakings competing on the markets for collection and handling of industrial waste, and highlights that the competition includes both national companies and companies with international owners ⁽⁹²⁾.
- (99) Thus the Authority cannot exclude that the measures are liable to distort competition and affect trade within the EEA.

5.7 Conclusion

- (100) Based on the information provided by the Norwegian authorities and the complainant, the Authority cannot exclude that the measures described above may entail state aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.

6. Procedural requirements

- (101) Pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3 to the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice („Protocol 3“): „The EFTA Surveillance Authority shall be informed, in sufficient time to enable it to submit its comments, of any plans to grant or alter aid. [...] The State concerned shall not put its proposed measures into effect until the procedure has resulted in a final decision.“
- (102) The Norwegian authorities did not notify the measures before putting them into effect. The Authority therefore concludes that, if the measures constitute state aid, the Norwegian authorities will not have respected their obligations pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3.

7. Compatibility of the aid measure

- (103) The Norwegian authorities have not provided any arguments substantiating why the measures, if they were to constitute state aid, should be considered compatible with the functioning of the EEA Agreement. The Authority has also not identified any clear grounds for compatibility.
- (104) Thus, if the measures constitute state aid, the Authority has doubts as to their compatibility with the functioning of the EEA Agreement

8. Conclusion

- (105) As set out above, the Authority has doubts as to whether the measures constitute state aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement, and as to their compatibility with the functioning of the EEA Agreement.
- (106) Consequently, and in accordance Article 4(4) of Part II of Protocol 3, the Authority hereby opens the formal investigation procedure provided for in Article 1(2) of Part I of Protocol 3. The decision to open a formal investigation procedure is without prejudice to the final decision of the Authority, which may conclude that the measures do not constitute state aid, or are compatible with the functioning of the EEA Agreement.

⁽⁸⁸⁾ Judgment in *Eventech*, C-518/13, EU:C:2015:9, para. 66.

⁽⁸⁹⁾ Decision No 91/13/COL of 27. Februar 2013, on the financing of municipal waste collectors, para. 41.

⁽⁹⁰⁾ Report from the Nordic Competition Authorities, Competition in the waste management sector, section 3.2.4: <https://konkurransetilsynet.no/wp-content/uploads/2018/08/Nordic-Report-2016-Waste-Management-Sector.pdf>

⁽⁹¹⁾ Judgment in *Altmark*, C-280/00, EU:C:2003:415, paras 78–79.

⁽⁹²⁾ Preparatory paper 29. April 2009, attachment 2 to letter dated 5. März 2018, Document 901215. The Authority's office translation.

- (107) The Authority, acting under the procedure laid down in Article 1(2) of Part I of Protocol 3, invites the Norwegian authorities to submit, by **6 January 2020**, their comments and to provide all documents, information and data needed for the assessment of the measures in light of the state aid rules.
- (108) The Norwegian authorities are requested to immediately forward a copy of this decision to the Remiks Group.
- (109) If this letter contains confidential information which should not be disclosed to third parties, please inform the Authority by **13 December 2019**, identifying the confidential elements and the reasons why the information is considered to be confidential. In doing so, please consult the Authority's Guidelines on Professional Secrecy in State Aid Decisions ⁽⁹³⁾. If the Authority does not receive a reasoned request by that deadline, you will be deemed to agree to the disclosure to third parties and to the publication of the full text of the letter on the Authority's website: <http://www.eftasurv.int/state-aid/state-aid-register/>.

For the EFTA Surveillance Authority

Bente ANGELL-HANSEN
President
Responsible College Member

Frank J. BÜCHEL
College Member

Högni KRISTJÁNSSON
College Member

Carsten ZATSCHLER
Countersigning as Director,
Legal and Executive Affairs

⁽⁹³⁾ OJ L 154, 8.6.2006, p. 27 and EEA Supplement No 29, 8. Juni 2006, p. 1.

Entscheidung Nr. 86/19/COL vom 5. Dezember 2019 zur Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens wegen mutmaßlicher staatlicher Beihilfen zugunsten von Gagnaveita Reykjavíkur

Aufforderung zur Stellungnahme gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs

(2020/C 40/03)

Mit der oben genannten Entscheidung, die nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung wiedergegeben ist, hat die EFTA-Überwachungsbehörde Island von ihrem Beschluss in Kenntnis gesetzt, wegen der genannten Maßnahme das Verfahren nach Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 (staatliche Beihilfen) zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs einzuleiten.

Alle Beteiligten können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Zusammenfassung zu der in Rede stehenden Maßnahme Stellung nehmen. Die Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

EFTA-Überwachungsbehörde
Register
Rue Belliard/Belliardstraat 35
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË
registry@eftasurv.int

Die Stellungnahmen werden Island übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekannt gegeben wird.

Übersicht

Verfahren

Am 26. Oktober 2016 ging bei der Überwachungsbehörde eine Beschwerde des isländischen Telekommunikationsunternehmens Síminn hf. über eine mutmaßliche staatliche Beihilfe ein, die Orkuveita Reykjavíkur („OR“) ihrer Tochtergesellschaft Gagnaveita Reykjavíkur („GR“) gewährt hatte. Die Überwachungsbehörde erhielt mit Schreiben und E-Mails vom 23. November 2016, 16. Januar 2017, 28. März 2017, 1. Januar 2018, 20. April 2018, 21. September 2018, 26. März 2019 und 13. September 2019 zusätzliche Informationen und Stellungnahmen des Beschwerdeführers.

Auf Auskunftersuchen hin erhielt die Überwachungsbehörde mit Schreiben vom 7. Februar 2017, 22. Juni 2017 und 25. Mai 2018 sowie vom 4. Juni 2019 Informationen von den isländischen Behörden.

Beschreibung der Maßnahmen

Die Beschwerde betrifft die Breitbandinvestitionen von OR ab 1999, als Lina.Net, der Vorgänger von GR, gegründet wurde, bis heute. Sie bezieht sich jedoch hauptsächlich auf den Zeitraum ab dem 1. Januar 2007 nach der Gründung von GR, insbesondere aber auf mutmaßliche staatliche Beihilfen, die OR GR auf verschiedene Weise gewährt hat, wie Kapitalzuführungen und Darlehen, die nicht zu Marktbedingungen gewährt wurden.

OR wurde am 1. Januar 1999 als öffentliches Unternehmen mit der Entscheidung des Stadtrats von Reykjavík gegründet, den Betrieb der Strom- und Wärmeversorgungsunternehmen der Stadt zu fusionieren. Eigentümer von OR sind drei isländische Gemeinden: i) die Stadt Reykjavík (93,5 %), ii) die Gemeinde Akranes (5,5 %) und iii) die Gemeinde Borgarbyggð (1 %). Fünf Mitglieder des Verwaltungsrats von OR werden vom Stadtrat von Reykjavík und ein Mitglied vom Gemeinderat von Akranes ernannt.

GR ist ein 2007 gegründetes Telekommunikationsunternehmen. GR wurde als eine unabhängige juristische Person gegründet, um die Anforderungen der isländischen Post- und Telekommunikationsverwaltung (PTA) bezüglich der Trennung zwischen wettbewerbsorientierten und nicht wettbewerbsorientierten Tätigkeiten von OR zu erfüllen. GR befindet sich im vollständigen Besitz von OR. Zweck von GR ist ihrer Satzung zufolge der Betrieb eines Telekommunikations- und Datenübertragungsnetzes.

GR ist ein nach dem Gesetz über elektronische Kommunikation Nr. 81/2003 (im Folgenden: „EK-Gesetz“) registrierter Betreiber (Datenübertragung und -dienste). Mit Artikel 36 des EK-Gesetzes soll sichergestellt werden, dass wettbewerbsorientierte Telekommunikationsdienstleistungen nicht durch Einnahmen aus Tätigkeiten subventioniert werden, die durch ausschließliche Rechte oder auf andere Weise geschützt sind.

Gemäß Artikel 36 des EK-Gesetzes hat die PTA sicherzustellen, dass Einnahmen aus nicht wettbewerbsorientierten Sektoren nicht zur Subventionierung von Tätigkeiten im wettbewerbsorientierten Telekommunikationssektor verwendet werden. Daher ist die PTA mit der Prüfung der Investitionen von OR in den Telekommunikationsmarkt und der Geschäftsbeziehungen zwischen GR und OR betraut. Solche Untersuchungen können auf eigene Initiative der PTA oder durch Beschwerden interessierter Parteien eingeleitet werden. GR ist ferner verpflichtet, die PTA von spezifischen Maßnahmen in Kenntnis zu setzen.

Von 2006 bis 2019 hat die PTA neun förmliche Beschlüsse zur finanziellen Trennung von OR und GR erlassen. Die Untersuchungen der PTA umfassten eine Überprüfung des Geschäftsplans von GR, der jährlich auf der Grundlage aktueller Finanzdaten neu aufgestellt werden muss. Bei ihrer Überprüfung prüft die PTA beispielsweise, ob die Rendite für den Investor (OR) mit den Bedingungen auf dem Telekommunikationsmarkt im Allgemeinen übereinstimmt, untersucht die Kapitalstruktur und prüft, ob die geschäftlichen Konditionen zwischen OR und GR marktgerecht sind.

In drei Fällen hat die PTA konkrete Verstöße gegen Artikel 36 des EK-Gesetzes festgestellt. In zwei dieser Fälle ordnete die PTA die Rückforderung der Maßnahmen an. Im dritten Fall verzichtete die PTA auf eine Rückforderung der Vorteile.

Die isländischen Behörden machen geltend, dass OR in allen Beziehungen zu GR im Einklang mit dem Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Wirtschaftsbeteiligten gehandelt habe und GR keine Beihilfe gewährt worden sei. In diesem Zusammenhang betonen die isländischen Behörden, dass alle beanstandeten Maßnahmen in Bezug auf die finanziellen Beziehungen zwischen OR und GR von der PTA auf der Grundlage des Artikels 36 des EK-Gesetzes geprüft worden seien. Den isländischen Behörden zufolge ist der von der PTA angewandte Test mit dem Kriterium vergleichbar, das die Überwachungsbehörde bei der Feststellung zugrunde gelegt hat, ob eine Maßnahme zu Marktbedingungen erfolgt (d. h. dem Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Wirtschaftsbeteiligten). Die isländischen Behörden wiesen ferner darauf hin, dass die Überwachungsbehörde die Behauptungen des Beschwerdeführers in Bezug auf die Investitionen von OR in Lina.Net bereits in ihrer Entscheidung Nr. 300/11/COL vom 5. Oktober 2011 zurückgewiesen hat.

Beihilferechtliche Würdigung der Maßnahmen

Angesichts u. a. des rechtlichen Status von OR, des Gesellschaftsvertrags des Unternehmens und der Zusammensetzung seines Vorstands kann die Überwachungsbehörde nicht ausschließen, dass die Maßnahmen dem Staat zuzurechnen sind und dass sie zur Übertragung staatlicher Mittel führen, wenn und soweit sie GR Vorteile verschaffen.

Darüber hinaus bietet GR zwar über ihr Glasfasernetz keine eigenen Dienstleistungen, aber allen interessierten Telekommunikationsanbietern einen neutralen und offenen Netzzugang an. Die Überwachungsbehörde ist der Auffassung, dass die Bereitstellung eines Netzzugangs zu einem festen Preis für Drittanbieter eine wirtschaftliche Tätigkeit darstellt und dass GR daher offenbar als ein Unternehmen im Sinne des Artikels 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens tätig ist.

In Anbetracht der Entscheidungspraxis der PTA gemäß Artikel 36 des EK-Gesetzes über die Finanzierung von GR und des bei der Bewertung der verschiedenen Maßnahmen angewandten Prüfungsniveaus vertritt die Überwachungsbehörde vorläufig die Auffassung, dass die von der PTA gemäß Artikel 36 angewandte Prüfung im Allgemeinen sicherstellt, dass alle Transaktionen zwischen GR und OR oder anderen verbundenen Unternehmen zu Marktbedingungen erfolgen. Der Ansatz der PTA ist möglicherweise nicht identisch mit der Bewertung von Maßnahmen eines marktwirtschaftlich handelnden Wirtschaftsbeteiligten, die die Überwachungsbehörde nach den EWR-Beihilfavorschriften vornehmen würde, gewährleistet jedoch dasselbe Ergebnis, d. h. er verhindert Transaktionen, die nicht zu Marktbedingungen erfolgen. Daher ist die Überwachungsbehörde zum gegenwärtigen Zeitpunkt der vorläufigen Auffassung, dass die PTA eine Würdigung vornimmt, die der Bewertung des marktwirtschaftlich handelnden Wirtschaftsbeteiligten durch die Überwachungsbehörde gleichwertig ist.

Stellt die PTA nachträglich Verstöße gegen Artikel 36 des EK-Gesetzes fest, d. h. hat sie festgestellt, dass eine bestimmte Transaktion nicht zu Marktbedingungen erfolgte, so ist sie befugt, die Parteien anzuweisen, etwaige Vorteile durch den Erlass entsprechender Maßnahmen zu eliminieren. Damit die PTA jedoch die Rückforderung eines Vorteils anordnen kann, muss die mit dem Binnenmarkt unvereinbare Maßnahme klar definiert und unbestreitbar sein, z. B. eine bestimmte Geldsumme, eine Bedingung in einem Darlehensvertrag usw. Darüber hinaus hat die PTA bei der Anordnung der Rückforderung von Vorteilen, die GR gewährt wurden, keine Rückforderung von Zinsen auf die Vorteile von dem Begünstigten verlangt.

In drei Fällen hat die PTA konkrete Verstöße gegen Artikel 36 des EK-Gesetzes festgestellt. In zwei dieser Fälle ordnete die PTA die Rückforderung der Maßnahmen an. Im dritten Fall verzichtete die PTA auf eine Rückforderung der Vorteile. Die Überwachungsbehörde stellte fest, dass die von der PTA in diesen Fällen gewürdigten Maßnahmen GR Vorteile verschafft haben, die das Unternehmen unter normalen Marktbedingungen nicht erhalten hätte. Im Übrigen seien diese Vorteile von GR nicht vollständig zurückgefordert worden.

Daher vertritt die Überwachungsbehörde die vorläufige Auffassung, dass GR einen Vorteil im Sinne des Artikels 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens erlangt hat, indem i) keine Zahlung von marktüblichen Zinsen auf einen Vorteil, den das Unternehmen durch eine vorübergehende Aussetzung der Zinszahlungen erhalten hat, erfolgte; ii) indirekt Mittel von OR für die Errichtung eines Glasfasernetzes in der Gemeinde Ölfus entgegen genommen wurden; iii) kurzfristige Darlehen von OR entgegen genommen und iv) eine Bedingung in die Darlehensverträge von GR mit privaten Kreditgebern über die fortdauernde Mehrheitsbeteiligung von OR an GR aufgenommen wurde.

Nach vorläufiger Auffassung der Überwachungsbehörde sind diese Maßnahmen selektiv, da es sich um Einzelmaßnahmen handelt, die nur an GR gerichtet sind. Außerdem scheinen die Maßnahmen geeignet zu sein, den Wettbewerb zu verfälschen und den Handel innerhalb des EWR zu beeinträchtigen.

Wenn die Maßnahmen eine staatliche Beihilfe darstellen, dann wurde gegen die in Teil I Artikel 1 Absatz 3 des Protokolls 3 (staatliche Beihilfen) zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs verankerte Verpflichtung, Beihilfen vor ihrer Durchführung anzumelden, verstoßen. Eine solche staatliche Beihilfe wäre rechtswidrig.

Die isländischen Behörden haben keine Argumente dafür vorgebracht, dass die Maßnahmen, soweit sie staatliche Beihilfen darstellen, als mit dem EWR-Abkommen vereinbar angesehen werden könnten. Die Überwachungsbehörde hat daher Zweifel an der Vereinbarkeit aller vier Maßnahmen mit dem EWR-Abkommen.

Decision No 86/19/COL of 5 December 2019 to open a formal investigation into alleged state aid granted to Gagnaveita Reykjavíkur

1 Summary

- (1) The EFTA Surveillance Authority („the Authority“) wishes to inform the Icelandic authorities that some measures covered by the complaint related to Gagnaveita Reykjavíkur („GR“) might entail state aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement. Furthermore, the Authority has doubts concerning the compatibility of these measures with the functioning of the EEA Agreement. Therefore, the Authority is required to open a formal investigation procedure into these measures (*) ⁽¹⁾.
- (2) The Authority has based its decision on the following considerations.

2 Procedure

- (3) By a letter dated 26 October 2016 ⁽²⁾, Síminn hf. („the complainant“) made a complaint regarding alleged state aid granted by Orkuveita Reykjavíkur („OR“) to its subsidiary GR. By letter dated 7 November 2016, the Authority acknowledged receipt of the complaint ⁽³⁾. By email of 23 November 2016, the complainant submitted further information ⁽⁴⁾.
- (4) By letter dated 28 November 2016 ⁽⁵⁾, the Authority forwarded the complaint and the additional information received to the Icelandic authorities, and invited them to submit information and observations. By email dated 16 January 2017, the Authority received additional information from the complainant ⁽⁶⁾. By letter dated 7 February 2017, the Icelandic authorities submitted their comments to the Authority ⁽⁷⁾. The complainant submitted further information by email of 28 March 2017 ⁽⁸⁾.
- (5) On 7 June 2017, the Authority discussed the complaint with the Icelandic authorities at the annual package meeting in Reykjavík. On 22 June 2017, the Icelandic authorities provided the Authority with copies of various decisions of the Post and Telecom Administration in Iceland („PTA“), concerning the financing of GR ⁽⁹⁾.
- (6) On 25 September 2017, the Authority met with the complainant, at its request, in Reykjavík. On 1 January 2018, the complainant submitted further comments ⁽¹⁰⁾.

(*) The information in square brackets is covered by the obligation of professional secrecy.

⁽¹⁾ Reference is made to Article 4(4) of Part II of Protocol 3 to the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice.

⁽²⁾ Document No 825150, and Annexes 1–43 (Document Nos 825151, 825152, 825152, 825153 and 825156).

⁽³⁾ Document No 825249.

⁽⁴⁾ Document No 827877.

⁽⁵⁾ Document No 828509.

⁽⁶⁾ Document No 835622 and three attachments (Document Nos 835623, 835624 and 835625).

⁽⁷⁾ Document Nos 840228 and 840229, and Annex 1 (Document No 840230).

⁽⁸⁾ Document No 850420.

⁽⁹⁾ Document No 862626 and eight attachments (Document Nos 862628, 862635, 862639, 862641, 862645, 862648, 862651 and 862655).

⁽¹⁰⁾ Document No 892188.

- (7) By letter dated 13 March 2018 ⁽¹¹⁾, the Authority informed the complainant about its preliminary assessment that the financing of GR did not raise concerns concerning potential state aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement. By letter dated 20 April 2018 ⁽¹²⁾, the complainant submitted its response to the Authority's preliminary assessment.
- (8) By letter dated 27 April 2018 ⁽¹³⁾, the Authority forwarded the complainant's response and additional information received to the Icelandic authorities, and invited them to submit their observations. By letter dated 25 May 2018 ⁽¹⁴⁾, the Icelandic authorities submitted their comments.
- (9) On 6 June 2018, the Authority discussed the complaint with the Icelandic authorities and received a presentation from the PTA at the annual package meeting in Reykjavík ⁽¹⁵⁾. By letter dated 21 September 2018 ⁽¹⁶⁾, the complainant submitted further information.
- (10) By letter dated 26 March 2019 ⁽¹⁷⁾, the Authority received additional information concerning new developments from the complainant. On 29 April 2019, the Authority requested additional information and clarifications from the Icelandic authorities ⁽¹⁸⁾. By letter dated 4 June 2019 ⁽¹⁹⁾, the Icelandic authorities replied to the information request and provided the requested information and clarifications. Finally, the complainant submitted additional comments and information by letter dated 13 September 2019 ⁽²⁰⁾. The complaint

2.1 *The complainant - Síminn hf.*

- (11) The complainant is a telecommunications company which provides communication solutions to private and corporate clients in Iceland. It offers a range of services, such as: (i) mobile services on its 2G/3G/4G network, (ii) fixed line telephony, (iii) fixed broadband, and (iv) television. The complainant also offers communications and IT solutions for companies of all sizes. The complainant's subsidiary, Míla ehf., owns and operates a telecommunications network covering the entire country, which builds mostly on fibre optic cables, but also on copper lines and microwave connections. Míla sells its services at a wholesale level to companies with a telecommunications licence in Iceland.

2.2 *Scope of the complaint*

- (12) The complaint concerns OR's investments in fixed broadband from 1999, when GR's predecessor Lina.Net was established, until today. However, the complaint predominantly concerns the period from 1 January 2007 onwards, following the establishment of GR. In particular, the complaint concerns alleged state aid granted by OR to GR through various means, such as capital injections and lending that was not on market terms.
- (13) Moreover, the complaint concerns the terms of loans GR has obtained from [...]. According to the complainant, the interest rates on GR's loans are not on market terms that reflect the credit risk inherent in an undertaking such as GR, with a very high debt to EBITDA ratio ⁽²¹⁾. The complainant maintains that the interest rates offered to GR are directly connected to its ownership, as no market lender would have offered GR such rates without a direct link to its public ownership.

2.3 *Arguments brought forward by the complainant*

- (14) The complainant maintains, in general terms, that GR's activities represent a political rather than a commercial project. It alleges that the company has been operated with a view to enhance competition on the telecommunications market, and that a private investor would not have acted in the same way as OR, when providing loans and capital injections to GR. The complainant moreover alleges that OR has provided GR with several capital injections and loans to finance their operations, which have not been on market terms, as well as more favourable access to OR infrastructure than other market players could receive.

⁽¹¹⁾ Document No 882024.

⁽¹²⁾ Document No 910552 and Annexes 1 and 2 (Document No 910554).

⁽¹³⁾ Document No 911001.

⁽¹⁴⁾ Document No 915072.

⁽¹⁵⁾ Document No 919903.

⁽¹⁶⁾ Document Nos 931137, 931138 and 931139.

⁽¹⁷⁾ Document No 1060941.

⁽¹⁸⁾ Document No 1066345.

⁽¹⁹⁾ Document No 1073306 and Annexes 1–5 (Document Nos 1073308, 1073310, 1073312, 1073314 and 1073316).

⁽²⁰⁾ Document No 1087462 and Annexes 1–5 (Document Nos 1087456–1087460).

⁽²¹⁾ Earnings before interest, tax, depreciation and amortization (EBITDA) is a measure of a company's operating performance.

- (15) According to the complainant, a major part of the alleged unlawful state aid has been in the form of interest rates for loans granted by OR to GR, which have not corresponded to market terms. Furthermore, after the majority of GR's loans were gradually replaced by loans financed by private lenders (with full replacement at the end of 2017), the interest rates have continued to not correspond to normal market conditions, as OR has provided lenders with a guarantee that it would maintain its majority ownership of GR. The complainant considers that this must be considered as state aid that is incompatible with the functioning of the EEA Agreement.
- (16) The complainant puts forward that the assessment performed by the PTA under Article 36 of the Electronic Communications Act is substantially different from the assessment conducted by the Authority under the state aid rules. According to the complainant, the application of the said rule by the PTA has consisted in assessing the return on equity. It seems that PTA has not made a detailed comparison with other market investors. The focus has rather been on assessing the financing generally, concentrating on whether the measures provide a direct loss for OR, as opposed to assessing whether the financing would have been provided by an investor operating on the market.

3 Description of the measures

3.1 Background

3.1.1 OR – Orkuveita Reykjavíkur

- (17) OR was established on 1 January 1999 as a public undertaking with the decision of the City Council of Reykjavík to merge the operations of the electricity and heat utilities owned by the city. A year later, the water utility was also incorporated into the new company. The company was operated on the basis of Regulation No 793/1998, issued by the Ministry of Industry and the City Council of Reykjavík, with reference to legislative Act No 38/1940 on the Reykjavík Heating Utility, and the Power Act No 58/1967. OR currently provides the following services through its three subsidiaries: electricity (Orka Náttúrunar), geothermal water for heating, cold water, sewage services (Veitur) and fibre-optic data connections (GR).
- (18) On 1 December 2001, OR merged with a utility company owned by several small municipalities in the western part of Iceland. After the merger, the City of Reykjavík owns 93,5 % of the company, the municipality of Akranes owns 5,5 % and the municipality of Borgarbyggð 1 %. Five members of the board of directors are appointed by the City Council of Reykjavík and one is appointed by the Municipality Council of Akranes ⁽²²⁾. OR currently operates as a public partnership company, *sameignarfélag* ⁽²³⁾, on the basis of Act No 136/2013 on OR ⁽²⁴⁾ and Regulation No 297/2006 ⁽²⁵⁾.

3.1.2 GR – Gagnaveita Reykjavíkur

- (19) GR is a telecommunications company established in 2007 as an independent legal entity, in order to comply with the requirements of the PTA on separation between the competitive and non-competitive operations of OR. GR is fully owned by OR. The purpose of GR, according to its articles of association, is the operation of a telecommunication and data transmission network. It provides wholesale access to its fibre optic network, for a number of retail service providers that operate in the residential and businesses markets with different fixed broadband and data transmission services. GR also offers services on the household market, where it charges end-users directly for the use of the access network.
- (20) OR began investing in the telecommunications market in 1999, when it established the subsidiary Lina.Net, with the purpose of providing general telecommunication services with emphasis on data transmission and internet connections in urban areas in Iceland. Its operations were later expanded into the setting up of an electronic telecommunications network using fibre optic cables. The Authority investigated several capital injections into Lina.Net during the years 1999–2001 in its Decision No 300/11/COL and found that they were in line with the actions of a private investor such that no state aid was granted ⁽²⁶⁾.
- (21) Lina.Net invested considerable sums in its fibre optic networks and, since 2007, GR has continued to expand the network. In total, the investments between 2002 and 2010 amounted to around ISK 8 billion.

⁽²²⁾ <https://www.or.is/um-or/skipulag-og-stjornhaettir/stjorn/>.

⁽²³⁾ <https://www.rsk.is/fyrirtaekjaskra/leit/kennitala/5512983029>.

⁽²⁴⁾ <https://www.althingi.is/lagas/nuna/2013136.html>.

⁽²⁵⁾ <https://www.reglugerd.is/reglugerdir/allar/nr/297-2006>.

⁽²⁶⁾ OJ C 10, 12.1.2012, p. 6 and EEA Supplement No 2, 12. Januar 2012, p. 4.

3.2 National legal basis

- (22) GR is a registered operator (data transmission and service) ⁽²⁷⁾ under the Electronic Communications Act No 81/2003. Article 36 of the Electronic Communications Act, on separation of concession activities from electronic communications activities, provides:

„Electronic communications undertakings or consolidations operating public communications networks or publicly available electronic communications services, which enjoy special or exclusive rights in sectors other than electronic communications, must keep their electronic communications activities financially separate from other activities as if they were two separate undertakings. Care shall be taken to ensure that competitive operations are not subsidised by activities enjoying exclusive rights or protected activities“. (emphasis added)

- (23) According to the legislative proposal (*frumvarp*) of the Electronic Communications Act, Article 36 is meant to ensure that competitive telecommunication operations are not subsidised through income from operations that are protected by exclusive rights or by other means ⁽²⁸⁾. The proposal also makes it clear that the provision is applicable regardless of the undertaking's market share and regardless of whether the telecommunications operations are carried out within the same undertaking or by a separate legal entity which it controls ⁽²⁹⁾.

3.3 The PTA's monitoring role

3.3.1 General

- (24) The PTA operates according to the Act on Post and Telecom Administration No 69/2003, which implements the provisions of the EU's regulatory framework for electronic communications ⁽³⁰⁾. As a supervisory authority, the PTA, *inter alia*, ensures, in accordance with Article 36 of the Electronic Communications Act, that revenues stemming from non-competitive sectors do not subsidise operations in the competitive telecommunications sector. Therefore, the PTA is entrusted with scrutinising OR's investments in the telecommunications market and the business relations between GR and OR. Such investigations can start at the PTA's own initiative or through complaints from interested parties. GR is also obligated to notify specific measures, such as increase in share capital ⁽³¹⁾, to the PTA to obtain prior approval and interested parties can be parties to such cases, if they demonstrate that they have a legitimate interest in the result of the case ⁽³²⁾.
- (25) An interested party can challenge decisions of the PTA before the Rulings Committee for Electronic Communications and Postal Affairs ⁽³³⁾. This includes decisions taken on the basis of Article 36 of the Electronic Communications Act ⁽³⁴⁾.
- (26) The following is a brief summary of the PTA's main decisional practice concerning OR's investments in the telecommunications market and the business relations between GR and OR to which the complainant has referred.

3.3.2 OR's purchase of the fibre-optic network from Lina.Net

- (27) In October 2002, OR purchased the fibre-optic network from Lina.Net for ISK 1 758 811 899. In early 2003, after the enactment of the Electronic Communications Act, the PTA sent OR an inquiry regarding how the company intended to fulfil the conditions for separation of activities stipulated by Article 36 of the Electronic Communications Act ⁽³⁵⁾.

⁽²⁷⁾ Based on a general authorisation to operate telecommunication networks and services in accordance with Art. 4 of The Electronic Communications Act No 81/2003, see <https://www.pfs.is/english/telecom-affairs/registration-and-licences/>.

⁽²⁸⁾ Submitted to Parliament in the 128 parliamentary session 2002–2003; <http://www.althingi.is/altext/128/s/0960.html>.

⁽²⁹⁾ Ibid.

⁽³⁰⁾ The framework is made up of a package of primarily five Directives and two Regulations: Framework Directive 2002/21/EC (OJ L 108, 24.4.2002, p. 33); Access Directive 2002/19/EC (OJ L 108, 24.4.2002, p. 7); Better Regulation Directive 2009/140/EC (OJ L 337, 18.12.2009, p. 37); Authorisation Directive 2002/20/EC (OJ L 108, 24.4.2002, p. 21); the Universal Service Directive 2002/22/EC (OJ L 108, 24.4.2002, p. 51); the Regulation on Body of European Regulators for Electronic Communications (BEREC) (OJ L 337, 18.12.2009, p. 1); and the Regulation on roaming on public mobile communications networks (OJ L 172, 30.6.2012, p. 10).

⁽³¹⁾ PTA Decision No 14/2010 of 21. Mai 2010.

⁽³²⁾ PTA Decision No 20/2013 of 10. Oktober 2013.

⁽³³⁾ Article 13 of the Act on The Post and Telecom Administration No 69/2003.

⁽³⁴⁾ See for example Ruling of the Ruling Committee of 17 July 2006 in Case No 8/2006.

⁽³⁵⁾ PTA Decision of 13. November 2006, p. 1.

- (28) In the ensuing PTA procedure, the PTA requested two expert reports, from the two consultancies KPMG and Raffhönnun⁽³⁶⁾, on the fair market value of the Lina.Net fibre-optic network⁽³⁷⁾. Both reports concluded that there was no indication that the purchase price was below market value. Moreover, the audit firm KPMG analysed certain parts of the operational and financial separation⁽³⁸⁾. The PTA accepted the results of the expert reports.

3.3.3 *The establishment and financing of GR as a separate legal entity*

- (29) As part of the aforementioned procedure, the PTA required OR to submit a business plan for the operations of the fibre-network and telecommunication services, demonstrating an adequate rate of return on the investment. KPMG performed a due diligence review of the business plan and determined that the rate of return on the investment was appropriate. Moreover, the PTA instructed OR to fulfil the following conditions⁽³⁹⁾:
- (i) Separation of accounts. The PTA instructed OR to establish a separate entity, entrusted with the telecommunications operations, which should keep separate accounts in line with established corporate practices.
 - (ii) Prepare a foundation balance sheet (*stofnefnahagsreikningur*), comprising the telecommunication assets (valued at an appropriate market price) as well as the liabilities that stemmed from the financing of the telecom operations of OR (with the reservation that if the terms were more favourable than market terms, the new entity would have to compensate OR for any difference).
 - (iii) Arm's-length terms should apply to all dealings between the new entity and OR.
- (30) On 1 January 2007, in accordance with instructions of the PTA described above, OR established the private limited liability company GR as a new legal entity.
- (31) On 8 March 2007, a framework agreement was concluded between OR and GR, setting out the terms of the investment and the opening balance sheet of GR. OR transferred assets to GR. GR provided payment in the form of a loan and issuing share capital to OR. The interest rate to be paid by GR to OR on its loan principal over a payback period of [...] years was based on the [...] plus a margin of [...] basis points, and was linked to the exchange rates of several foreign currencies. According to the consulting firm Deloitte, the loan agreement contained normal market practice terms, comparable to agreements concluded between private undertakings, as regards the event of default, the provision of information to the lender, and other covenants. Deloitte submitted a declaration in accordance with Article 5 of the Act on Private Limited Companies No 138/1994⁽⁴⁰⁾, dated 7 March 2007, on the value of the assets, and concluded that they had been valued at a fair price. The terms of the loans were also reviewed and approved by the PTA⁽⁴¹⁾.
- (32) On 21 May 2010, the PTA issued Decision No 14/2010, concerning the financial separation between OR and GR. In its Decision, the PTA confirmed that GR had to obtain prior approval from the PTA for any increase in share capital on behalf of OR or related companies. The PTA also noted that it would only approve such measures if they were on arm's-length terms and if they did not entail the subsidisation of competitive operations⁽⁴²⁾.
- (33) Following the financial crisis in Iceland in 2008, the ISK devalued considerably, and GR became unable to fulfil its commitments under the loan agreement. An agreement was made with OR on temporary suspension of interest payments. The PTA was informed and subsequently intervened. The PTA required that the suspension of payments be revoked on the grounds that it did not comply with the required arm's-length terms⁽⁴³⁾. GR complied and paid instalments and accrued interests in full.

3.3.4 *GR's rate of return and the share capital increase of December 2008*

- (34) In December 2008, OR increased its share of GR's capital. On 22 December 2010, the PTA adopted Decision No 39/2010, concerning the share capital increase and GR's rate of return on capital.

⁽³⁶⁾ Attachments contained in Document No 862628.

⁽³⁷⁾ PTA Decision of 13. November 2006, p. 5.

⁽³⁸⁾ PTA Decision of 13. November 2006, p. 16.

⁽³⁹⁾ PTA Decision of 13. November 2006, p. 15–23.

⁽⁴⁰⁾ Article 5 of the Act (available in English here) concerns the special provisions that a Memorandum of Association should contain. According to section 5 in paragraph 2 there should be attached to the Memorandum of Association a report containing „a declaration to the effect that the specific valuables correspond at least to the agreed remuneration, including the nominal value of the shares to be issued plus a conceivable surcharge on account of overprice; the remuneration must not exceed the amount at which these valuables may be credited in the Company's accounts“.

⁽⁴¹⁾ PTA Decision No 32/2008 of 30. Dezember 2008.

⁽⁴²⁾ PTA Decision No 14/2010 of 21. Mai 2010, p. 15.

⁽⁴³⁾ PTA Decision No 25/2010 of 7. September 2010.

- (35) With this Decision, the PTA noted that the operations of GR went according to the initial business plan in the year 2007. GR's equity ratio was approximately 52 % at the end of 2007 and the company made a profit of ISK 120 million that year. The financial crisis of 2008 hit the company hard and in spite of increasing operating revenues, the losses of 2008 were close to ISK 3 billion, almost solely attributable to the devaluation of the ISK, which caused the debt of the company to increase.
- (36) To urgently restore the viability of GR, OR decided to increase the share capital before the end of 2008. The capital was increased by ISK 1,2 billion, setting an equity ratio of 23 %. The PTA Decision states that in absence of the share capital increase, „practically all equity would have been wiped out“, due to the financial collapse and sharp devaluation of the operating currency whilst the liabilities were all linked to foreign currency rates ⁽⁴⁴⁾.
- (37) Furthermore, the PTA observed that in 2008 OR and GR had contacted private lenders with the intention to finance further investment in ongoing projects ⁽⁴⁵⁾. The financial markets, however, were completely frozen by the end of the year. The Icelandic authorities maintain that, as an investor, OR inevitably had to invest further, in order to protect its significant initial investment ⁽⁴⁶⁾.
- (38) The PTA highlighted that OR's decision to increase the share capital had to be considered not only from its perspective as GR's owner, but also as GR's largest creditor. The PTA noted that creditors of several telecommunication companies had acquired them following the financial crisis, and either converted debts to equity or restructured loans. Moreover, the PTA found that GR's updated business plans convincingly demonstrated a satisfactory level of profitability for a telecommunication company in a competitive market, within a reasonable timeframe, and that there was a normal correlation between the profitability and the owner's contribution ⁽⁴⁷⁾.

3.3.5 *The conversion of debt into equity in 2014*

- (39) Like many companies in Iceland, GR needed to reorganize its financial affairs after the financial crisis of 2008. OR's application for permission to increase the share capital of GR in July and August 2013 was the subject of PTA's Decision No 2/2014 of 24 March 2014. The reorganisation involved: (i) a conversion of ISK 3,5 billion of debt into equity, and (ii) that GR would enter the financial markets to refinance all remaining debt owed to OR. Finally, OR intended to dispose of a large portion of its shares post-refinancing.
- (40) The PTA accepted that the debt conversion would not increase the total financing of GR by OR, since it only changed the composition of the financing. The PTA also recognised that the conversion would change the equity ratio of GR from 22 % to 52 %, thereby leaving the ratio at the same level as GR's main competitor, Míla ⁽⁴⁸⁾. The PTA also assessed the initial business plan of GR, and determined that it was credible. The cash flow analysis demonstrated that if the devaluation of the operating currency had not hit the company in 2008, there would not have been a need for refinancing. Moreover, the PTA's financial analysis confirmed that the rate of return for the investor and the weighted average cost of capital (WACC) of GR were in conformity with the general benchmark set by the PTA ⁽⁴⁹⁾.
- (41) Míla intervened in the procedure before the PTA. The PTA rejected all the objections from Míla. The PTA adopted its Decision No 2/2014 on 24 March 2014, and the debt conversion was finalized in early April 2014. In June 2014, Míla initiated a court case against the PTA, GR and OR, requesting the courts to annul the PTA's decision ⁽⁵⁰⁾. The District Court of Reykjavík dismissed the case on 26 February 2015, and the Supreme Court confirmed the ruling of the District Court by judgment of 27 March 2015 ⁽⁵¹⁾.

3.3.6 *The implementation of GR's financial separation for 2016–2017*

- (42) On 20 March 2019, the PTA adopted Decision No 3/2019, concerning the implementation of GR's financial separation for 2016–2017, and whether it was in compliance with Article 36 of the Electronic Communications Act ⁽⁵²⁾.

⁽⁴⁴⁾ PTA Decision No 39/2010 of 22. Dezember 2010, p. 21.

⁽⁴⁵⁾ PTA Decision No 39/2010 of 22. Dezember 2010, p. 21.

⁽⁴⁶⁾ Document No 840229, p. 8.

⁽⁴⁷⁾ PTA Decision No 39/2010 of 22. Dezember 2010, p. 24 and 26.

⁽⁴⁸⁾ PTA Decision No 2/2014 of 24. März 2014, p. 35.

⁽⁴⁹⁾ PTA Decision No 2/2014 of 24. März 2014, p. 40–42.

⁽⁵⁰⁾ According to Article 13, paragraph 4, of the Act on the Post and Telecom Administration No 69/2003, a party can decide to avoid the Ruling Committee and appeal a decision of the PTA directly to the District Court within 3 months from the time they are aware of the decision.

⁽⁵¹⁾ Supreme Court of Iceland judgment of 27. März 2015 in Case No 219/2015.

⁽⁵²⁾ PTA Decision No 3/2019 of 20. März 2019.

- (43) The PTA concluded that the financial separation between OR and GR had been in accordance with Article 36 of the Electronic Communications Act in the years 2016 and 2017, except for short-term lending to GR from a shared cash pool by OR and GR. The PTA found that these loan arrangements between OR and GR infringed an earlier PTA decision from 13 November 2006, as well as PTA Decision No 14/2010, since there was no loan agreement concluded between OR and GR reflecting the conditions that prevailed on the market for such loans ⁽⁵³⁾.
- (44) The PTA also commented on conditions in GR's loan agreements with private lenders, relating to OR's continuing majority ownership of GR. The loan agreements in question had included special conditions that if the ownership of OR in GR went below 50% then the lender was authorised to demand repayment, terminate the loan agreement, or declare the loan immediately due. Such a provision has been included in GR's loan agreements with private lenders since OR's loan financing of GR was replaced by private lenders, starting in 2014 and eventually being completely replaced by the end of 2017 ⁽⁵⁴⁾.
- (45) The PTA noted that by including these provisions, private lenders connected the ownership of OR to the loan agreements, in order to minimise the probability of default ⁽⁵⁵⁾. The PTA considered that such arrangements could lead to more advantageous loan terms and more access to loan capital than other comparable telecommunication undertakings and, therefore, distort competition ⁽⁵⁶⁾. Moreover, the PTA considered that this provision in the loan agreements constituted a connection between OR and GR that was not in accordance with the financial separation imposed in order to ensure that the two acted as unrelated parties ⁽⁵⁷⁾.
- (46) The PTA concluded that measures were required to ensure an efficient financial separation between OR and GR, in accordance with Article 36 of the Electronic Communications Act. The PTA decided that:
- a) OR's lending to GR from a shared cash pool, without a loan agreement reflecting market conditions, infringed the PTA Decision of 13 November 2006 and, therefore, also Article 36 of the Electronic Communications Act.
 - b) GR's debt from the shared cash pool was not to, at any given time, exceed ISK [...].
 - c) GR was to obtain prior authorisation from the PTA for any loans from OR, or any other undertaking within the company group. GR shall submit an application to the PTA along with the necessary documents, e.g. a draft loan agreement, an appropriate business plan, a calculation of the profitability requirements, as well key social security numbers and the acceptance of other lenders. Such a credit increase was to be in line with standard separation of accounts, and was to entail that competitive operations are not subsidised by activities enjoying exclusive rights.
 - d) New loan agreements with private lenders could not contain a provision stipulating that if the ownership of OR in GR goes below 50 % then the lender is authorised to declare the loan immediately due.
- (47) On 4 October 2019, following an appeal from GR, the Rulings Committee for Electronic Communications issued Ruling No 2/2019, confirming the decision of the PTA.

3.3.7 Other cases

- (48) In addition to the decisions referred to above, the PTA adopted a decision in 2013, under Article 36 of the Electronic Communications Act, to temporarily allow GR to extend its loan agreement with OR ⁽⁵⁸⁾.
- (49) Moreover, in 2014, Míla complained to the PTA about certain measures relating to an agreement GR had concluded with Ölfus Municipality, which included funds indirectly deriving from OR. The funds had initially been paid by OR into the Ölfus Revegetation Fund („ÖRF“) in connection with OR's geothermal power plant project in the municipality. OR had joint control of the ÖRF together with representatives from the municipality. In 2014, the ÖRF decided to use its funds to finance GR's rollout of a fiber optic network in Ölfus Municipality. After assessing the measures, the PTA found that they were contrary to Article 36 of the Electronic Communications Act, and instructed GR to undertake certain measures to ensure that it did not obtain an advantage from the funds deriving from OR ⁽⁵⁹⁾.

⁽⁵³⁾ PTA Decision No 3/2019 of 20. März 2019, paragraphs 372–373.

⁽⁵⁴⁾ PTA Decision No 3/2019 of 20. März 2019, paragraph 375.

⁽⁵⁵⁾ PTA Decision No 3/2019 of 20. März 2019, paragraph 353.

⁽⁵⁶⁾ PTA Decision No 3/2019 of 20. März 2019, paragraph 353.

⁽⁵⁷⁾ PTA Decision No 3/2019 of 20. März 2019, paragraph 354.

⁽⁵⁸⁾ PTA Decision No 26/2013 of 1. November 2013.

⁽⁵⁹⁾ PTA Decision No 11/2015 of 2. Juni 2015.

4 Comments by the Icelandic authorities

- (50) The Icelandic authorities point out that the Authority has already dismissed allegations by the complainant as regards OR's investments in Lina.Net in its Decision No 300/11/COL of 5 October 2011 ⁽⁶⁰⁾.
- (51) The Icelandic authorities maintain that in all its relations with GR, OR has acted in accordance with the market economy operator („MEO“) test, and that no aid has been granted to GR. In that regard, the Icelandic authorities highlight that all of the measures complained of concerning the financial relations between OR and GR, have been assessed by the PTA on the basis of Article 36 of the Electronic Communications Act. According to the Icelandic authorities, the test applied by the PTA is comparable to the criterion applied by the Authority when determining whether a measure is on market terms (i.e. the MEO test).
- (52) The Icelandic authorities have confirmed that GR's current investments are financed with cash provided by its operating activities and loans from [...]. According to the Icelandic authorities, these loans do not constitute state aid in any way, and nor do they indicate that state aid has been extended to GR by its owner, as it is clear that the loans from [...] to GR were solely based on commercial motives. They state that the loans are fully in line with normal market terms.

5 Presence of state aid

- (53) Article 61(1) of the EEA Agreement reads as follows:
- „[...] any aid granted by EC Member States, EFTA States or through State resources in any form whatsoever which distorts or threatens to distort competition by favouring certain undertakings or the production of certain goods shall, in so far as it affects trade between Contracting Parties, be incompatible with the functioning of this Agreement.“
- (54) The qualification of a measure as aid within the meaning of this provision therefore requires the following cumulative conditions to be met: (i) the measure must be granted by the state or through state resources; (ii) it must confer an advantage on an undertaking; (iii) favour certain undertakings (selectivity); and (iv) be liable to distort competition and affect trade.

5.1 Presence of state resources

- (55) The measure must be granted by the state or through state resources. The transfer of state resources may take many forms, such as direct grants, loans, guarantees, direct investment in the capital of companies and benefits in kind. A positive transfer of funds does not have to occur; foregoing state revenue is sufficient. Waiving revenue which would otherwise have been paid to the state constitutes a transfer of state resources.
- (56) The state, for the purpose of Article 61(1) of the EEA Agreement, covers all bodies of the public administration, from the central government to the city or the lowest administrative level. Resources of public undertakings may also constitute state resources within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement because the state is capable of directing the use of these resources ⁽⁶¹⁾. For the purposes of state aid law, transfers within a public group may also constitute state aid if, for example, resources are transferred from the parent company to its subsidiary ⁽⁶²⁾. However, the measure must be imputable to the state.
- (57) The mere fact that a measure is taken by a public undertaking is not *per se* sufficient to consider it imputable to the state. However, it does not need to be demonstrated that, in a particular case, the public authorities specifically incited the public undertaking to take the measure in question ⁽⁶³⁾. Therefore, the imputability to the state of a measure taken by a public undertaking may be inferred from a set of indicators arising from the circumstances of the case and the context in which the measure was taken ⁽⁶⁴⁾. Among the relevant indicators set out by the Court of Justice are:
- the fact that the body in question could not take the contested decision without taking into account the requirements of the public authorities;

⁽⁶⁰⁾ Reply from the Icelandic authorities, dated 7. Februar 2017, pages 2 and 3. Document No 840228.

⁽⁶¹⁾ The Authority's Guidelines on the notion of state aid („NoA“) (OJ L 342, 21.12.2017, p. 35), and EEA Supplement No 82, 21. Dezember 2017, p. 1, paragraph 49.

⁽⁶²⁾ Judgment in *SFEI and others*, C-39/94, EU:C:1996:285, paragraph 62.

⁽⁶³⁾ NoA, paragraph 41.

⁽⁶⁴⁾ Judgment in *France v Commission (Stardust Marine)*, C-482/99, EU:C:2002:294, paragraph 55.

- the nature of the undertaking's activities and the extent to which the activities were exercised on the market in normal conditions of competition with private operators;
- the intensity of the supervision exercised by the public authorities over the management of the undertaking, and the degree of control which the state has over the public undertaking; and
- any other indicator showing an involvement by the public authorities in the adoption of the measure, or the unlikelihood of their not being involved, having regard to the compass of the measure, its content or the conditions which it contains.

- (58) The Authority will therefore need to assess, in light of the aforementioned indicators, whether OR, in its dealings with GR, was acting as an autonomous entity, free of any influence from its owners, or whether its actions are imputable to the Icelandic authorities, i.e. the City of Reykjavík and the municipalities of Akranes and Borgarbyggð.
- (59) As noted in paragraph (18) above, OR operates as a public partnership company on the basis of Act No 136/2013 on OR ⁽⁶⁵⁾ and Regulation No 297/2006 ⁽⁶⁶⁾. OR is therefore distinct from private companies which are subject to ordinary company law. OR's annual accounts are also reflected in the City of Reykjavík's consolidated financial statements ⁽⁶⁷⁾.
- (60) The Board of OR consists of six members, five appointed by the Reykjavík City Council and one by the Municipality Council of Akranes. Currently, three board members are politicians who also serve as either City Council or Municipal Council representatives. According to OR's partnership agreement, the Board is responsible for the company's affairs between owner's meetings and should monitor the company's direction, organisation and that its operations are in good shape and in accordance with the ownership policy. The Board sets an overall policy and future vision for OR and adopts decisions concerning major matters within the limit of the ownership policy. Before adopting unusual or important decisions or policy decisions, the Board must consult with the owners of OR. The same applies to similar decisions regarding subsidiaries (such as GR). The Board is also responsible for recruiting OR's Director, drafting his/her job description and his/her eventual employment termination ⁽⁶⁸⁾.
- (61) OR produces and sells electricity in a liberalised market open to competition. The company also has legal obligations to provide utility services (heating and water) and carries out other projects in the municipalities of its owners as well as other municipalities ⁽⁶⁹⁾. Those utility services have since 2014 been carried out by OR's subsidiary, Veitur, in order to comply with the Electricity Act, which prohibits cross subsidisation between utility activities, as well as between activities enjoying exclusive rights and competitive operations ⁽⁷⁰⁾. According to OR's ownership policy, the company's administrative practices shall reflect professionalism, efficiency, prudence, transparency and responsibility. The Board is responsible for adopting the company's policies concerning dividends, risk management, purchasing, etc. ⁽⁷¹⁾.
- (62) Although it appears that OR's owners have taken steps to separate its public utility services and its competitive operations, in order to ensure that the latter are operated in line with commercial practices on the market, with OR's management being somewhat autonomous in its decision making process, there are nevertheless elements to indicate that the public authorities may influence the company's strategy and decisions. As noted above, the Board sets OR's policies in various fields and must approve the company's major decisions, which in some instances requires consulting with OR's owners. It appears that many of the measures complained of concern major investments, loan guarantees and loan transactions between OR and GR, which may have been subject to the Board's scrutiny and approval. The Board, as noted above, is politically appointed, and currently half of the board members also serve as City or Municipal Council representatives. This arrangement has been evaluated by the Enquiry Committee on Orkuveita Reykjavíkur, which in its 2012 report noted that this arrangement could lead to a lack of professional knowledge and experience on the Board, and that its work could be characterised by political conflict and disunity ⁽⁷²⁾.
- (63) In light of the legal status of OR, the composition of its Board and the general circumstances described above, the Authority is unable to exclude that the measures are imputable to the State and that they entail the transfer of state resources, if and to the extent they confer advantages on GR.

⁽⁶⁵⁾ <https://www.althingi.is/lagas/nuna/2013136.html>.

⁽⁶⁶⁾ <https://www.reglugerd.is/reglugerdir/allar/nr/297-2006>.

⁽⁶⁷⁾ See for example: https://reykjavik.is/sites/default/files/ymis_skjol/skjol_utgefid_efni/city_of_reykjavik_-_financial_statements_2018.pdf.

⁽⁶⁸⁾ <https://www.or.is/um-or/skipulag-og-stjornhaettir/stjorn/>.

⁽⁶⁹⁾ See Article 2 of OR's ownership policy: <https://www.or.is/um-or/skipulag-og-stjornhaettir/eigendastefna/>.

⁽⁷⁰⁾ Article 16 of the Electricity Act No 65/2003.

⁽⁷¹⁾ See Article 6 of OR's ownership policy: <https://www.or.is/um-or/skipulag-og-stjornhaettir/eigendastefna/>.

⁽⁷²⁾ See Report of the Enquiry Committee on Orkuveita Reykjavíkur, page 73, <https://rafhladan.is/handle/10802/5777>.

- (64) Against this background, the Icelandic authorities are invited to comment on the issue of imputability.

5.2 ***Conferral of an advantage on an undertaking***

5.2.1 *General*

- (65) The qualification of a measure as state aid requires that it confers an advantage on the recipient. An advantage, within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement, is any economic benefit, which an undertaking could not have obtained under normal market conditions.

5.2.2 *Does GR constitute an undertaking?*

- (66) The EU Courts have consistently defined undertakings as entities engaged in an economic activity, regardless of their legal status and the way in which they are financed ⁽⁷³⁾. Consequently, the public or private status of an entity or the fact that an entity is partly or wholly publicly owned has no bearing as to whether or not that entity is an „undertaking“ within the meaning of state aid law ⁽⁷⁴⁾.
- (67) Economic activities are activities consisting of offering goods or services on a market ⁽⁷⁵⁾. Conversely, entities that are not commercially active in the sense that they are not offering goods or services on a given market do not constitute undertakings. A single entity may carry out a number of activities, both economic and non-economic, provided that it keeps separate accounts for the different funds that it receives, so as to exclude any risk of cross-subsidisation of its economic activities by means of public funds received for its non-economic activities ⁽⁷⁶⁾.
- (68) As described in paragraph (19) above, GR was established on 1 January 2007, and its role is to provide Icelandic households and businesses access to high quality services on an open access network ⁽⁷⁷⁾. GR operates a telecommunications and data transmission network and it provides wholesale access to its fibre optic network for a number of retail service providers that operate in supplying homes and businesses with different fixed broadband and data transmission services. GR also offers services on the household market, where it charges end-users directly for the use of the access network.
- (69) Although GR does not sell its own services in the retail market, it offers neutral and open network access to all interested telecommunications providers. The Authority considers that the provision of network access for a fixed price to third-party service providers and households constitutes an economic activity. Consequently, GR appears to operate as an undertaking within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement ⁽⁷⁸⁾.
- (70) Any advantage involved in the transactions between OR and GR will therefore have been conferred upon an undertaking.

5.2.3 *PTA's monitoring and decisional practice*

- (71) The measures complained of, concerning the financial relations between OR and GR, have, as described in Section 3.3 above, all been assessed by the PTA on the basis of Article 36 of the Electronic Communications Act.
- (72) The Icelandic authorities maintain that the test applied by the PTA is comparable to the test applied by the Authority when determining whether a measure is on market terms (i.e. the MEO test).
- (73) It is the Authority's preliminary view, considering the decisional practice of the PTA under Article 36 of the Electronic Communications Act on the financing of GR and the level of scrutiny involved in the assessment of the various measures, that the test applied by the PTA under Article 36 generally ensures that all transactions between GR and OR, or other related companies, are on market terms.

⁽⁷³⁾ Judgments in *Pavlov and others*, C-180/98 to C-184/98, EU:C:2000:428, paragraph 74, and *Cassa di Risparmio di Firenze and others*, C-222/04, EU:C:2006:8, paragraph 107; Case E-5/07 *Private Barnehagers Landsforbund* [2008] EFTA Ct. Rep. 62, paragraph 78.

⁽⁷⁴⁾ Judgment in *Congregación de Escuelas Pías Provincia Betania v Ayuntamiento de Getafe*, C-74/16, EU:C:2017:496, paragraph 42.

⁽⁷⁵⁾ Judgment in *Cassa di Risparmio di Firenze and Others*, C-222/04, EU:C:2006:8, paragraph 108; and Case E-29/15 *Sorpa* [2016] EFTA Ct. Rep. 825, paragraph 72.

⁽⁷⁶⁾ Judgment in *Congregación de Escuelas Pías Provincia Betania*, C-74/16, EU:C:2017:496, paragraph 51.

⁽⁷⁷⁾ See <https://www.ljosleidarinn.is/gagnaveita-reykjavikur>.

⁽⁷⁸⁾ See the Authority's Decision No 444/13/COL, *The Deployment of a Next Generation Access network in the municipality of Skeiða- and Gnúpsverjahreppur* (OJ C 66, 6.3.2014, p. 6) and EEA Supplement No 82, 21. Dezember 2017, p. 1, paragraph 56.

- (74) The PTA's approach may not be identical to the MEO assessment that would be carried out by the Authority under the EEA state aid rules, but it nonetheless ensures the same outcome, i.e. it prevents transactions that are not on market terms. Therefore, at this stage the Authority is of the preliminary view that the PTA provides an assessment similar to the Authority's MEO assessment. The enforcement of Article 36 of the Electronic Communications Act by the PTA thus appears to effectively prevent GR from obtaining an advantage from its dealings with OR and when infringements are found the PTA has the competence to order the clawback of any advantages. However, there are instances where the PTA has either not ordered the full clawback of advantages with interest, or not ordered clawback at all.
- (75) An advantage, within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement, is any economic benefit which an undertaking would not have obtained under normal market conditions, i.e. in the absence of state intervention, thereby placing it in a more favourable position than its competitors ⁽⁷⁹⁾.
- (76) Generally, when examining this question, the Authority applies the MEO test ⁽⁸⁰⁾, whereby the conduct of states or public authorities, when selling or leasing assets, is compared to that of private economic operators ⁽⁸¹⁾.
- (77) The purpose of the MEO test is to assess whether the state has granted an advantage to an undertaking by not acting like a private market economy operator with regard to a certain transaction, e.g. loan agreements or the sale of asset ⁽⁸²⁾. In order to fulfil the test, the public authority must disregard public policy objectives and instead focus on the single objective of obtaining a market rate of return or profit on its investments and a market price for the sale or lease of assets ⁽⁸³⁾. This assessment must take into account any special rights or obligations attached to the asset concerned, in particular those that could affect the market value.
- (78) It follows from this test that an advantage is present whenever a state makes funds available to an undertaking, which, in the normal course of events, would not be provided by a private investor applying ordinary commercial criteria and disregarding other considerations of a social, political or philanthropic nature ⁽⁸⁴⁾.
- (79) The PTA, as described above, has examined the strategy and financial prospect of the relevant measures, in order to determine whether the financing of the operations of GR has been carried out in line with normal market conditions. In its assessment, the PTA has considered independent expert reports and drawn comparisons with other, private operators in the same market. The PTA's assessment is normally carried out on an *ex ante* basis. However, there are also examples of the PTA having carried out an *ex post* assessment of the financial separation between OR and GR, as well as individual measures.
- (80) More precisely, from 2006 until 2019, the PTA adopted nine formal decisions regarding the financial separation of OR and GR. The PTA did not make formal comments for the years 2013–2015. The PTA's investigations included a review of GR's business plan, which must be renewed annually, in accordance with actual financial data. In its review, the PTA e.g. checks whether the rate of return for the investor (OR) is in conformity with the telecom market in general, and looks at the capital structure and whether transactions between OR and GR are on market terms.
- (81) GR has been obliged to submit to the PTA, on an annual basis, detailed operational and economic information, together with its revised business plans and profitability requirements. Whenever necessary, the PTA has requested additional data and has assessed whether the operations were in line with market terms and, if not, whether there was a reason for taking action.
- (82) In a letter from the PTA to the complainant, dated 6 September 2018, the PTA confirmed that it does not have legal powers to perform a cost analysis of the prices OR sets for renting out its facilities. The complainant has argued that because of this, the PTA's assessment of the financial separation cannot replace that of the Authority, when assessing possible state aid.

⁽⁷⁹⁾ Judgments in *SFEI and Others*, C-39/94, EU:C:1996:285, paragraph 60, and *Spain v Commission*, C-342/96, EU:C:1999:210, paragraph 41.

⁽⁸⁰⁾ NoA, chapter 4.2.

⁽⁸¹⁾ For the application of the MEO test, see Case E-12/11 *Asker Brygge* [2008] EFTA Ct. Rep. 536, and judgment in *Land Burgenland*, C-214/12 P, C-215/12 P and C-223/12 P, EU:C:2013:682.

⁽⁸²⁾ NoA, paragraph 133.

⁽⁸³⁾ Judgment in *Land Burgenland*, C-214/12 P, C-215/12 P and C-223/12 P, EU:C:2013:682.

⁽⁸⁴⁾ See for example, the Opinion of Advocate-General Jacobs in *Spain v Commission*, C-278/92, C-279/92 and C-280/92, EU:C:1994:112, paragraph 28. See also judgments in *Belgium v Commission*, 40/85, EU:C:1986:305, paragraph 13, *France v Commission*, 301/87, EU:C:1990:67, paragraphs 39–40, and *Italy v Commission*, 303/88, EU:C:1991:136, paragraph 24.

- (83) It is the preliminary view of the Authority that even though the PTA does not have the legal basis to perform a cost analysis of OR's prices, the PTA has other ways to ensure that OR's pricing practices for renting out facilities are on market terms. Article 36 of the Electronic Communications Act obliges OR to ensure equality in pricing when renting out facilities to related and unrelated companies. Furthermore, OR is obliged to ensure that competitive operations are not subsidised by activities enjoying exclusive rights or protected activities. The PTA then enforces these obligations. As the PTA explains in its letter to the complainant, it did in fact open an investigation into OR pricing practices for renting out facilities, and concluded that OR's pricing was in full conformity with Article 36 of the Electronic Communications Act ⁽⁸⁵⁾.
- (84) The PTA has found that in order to ensure that the effectiveness of Article 36 of the Electronic Communications Act is guaranteed, the concept of „subsidy“ should be understood in a broad sense, so as to include any measures from OR, both direct and indirect, which potentially provide GR with an advantage that its competitors on the market do not enjoy. The PTA has also noted that its monitoring role, pursuant to Article 36, is comparable to the Authority's, when it comes to assessing whether an advantage within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement is present ⁽⁸⁶⁾.
- (85) It is the Authority's preliminary view that there is an efficient system in place in Iceland that entails an assessment similar to the MEO test. Consequently, Article 36 of the Electronic Communications Act sets up a system under which the PTA can ensure that GR's operations are not subsidised through income from OR's operations.
- (86) It follows from the test that an advantage is present whenever OR makes funds available to GR, which, in the normal course of events, would not be provided by a private investor applying ordinary commercial criteria. The PTA can conduct a formal investigation on its own initiative or based on a complaint. If a transaction is not in conformity with Article 36 of the Electronic Communications Act, the PTA can instruct the parties to eliminate any advantage through the adoption of relevant measures set forth in an administrative decision by the PTA. The decisions are challengeable before the Rulings Committee for Electronic Communications and Postal Affairs and the Courts.
- (87) The Icelandic authorities have explained that the PTA's monitoring role is primarily focused on an *ex ante* assessment of GR's business plans, financing, profitability requirements, loan arrangements, etc., with the PTA imposing conditions and obligations when necessary in order to ensure financial separation between OR and GR, and that the latter's competitive operations are not subsidised by the mother company ⁽⁸⁷⁾.
- (88) Where the PTA *ex post* finds an infringement of Article 36 of the Electronic Communications Act, i.e. where it finds that a particular transaction was not on market terms, it can instruct the parties to eliminate any potential advantage through the adoption of relevant measures. The advantage is then recovered from the beneficiary in accordance with national law ⁽⁸⁸⁾.
- (89) However, for the PTA to order an advantage clawed back, the incompatible measure must be clearly defined and be incontestable, e.g. a particular monetary sum, a condition in a loan agreement, etc. ⁽⁸⁹⁾. Moreover, when the PTA has ordered advantages granted to GR to be clawed back, it has not required those advantages to be recovered with interest.
- (90) As described in Section 4.3 above, there are three examples of the PTA having established concrete infringements of Article 36 of the Electronic Communications Act. In two of those cases, the PTA ordered that the measures be clawed back. In the third case, the PTA did not order any clawback.
- (91) The first case, described in paragraph (33) above, concerned a temporary suspension of interest payments on loans provided by OR to GR ⁽⁹⁰⁾. The PTA concluded that this temporary suspension had been in breach of the requirement imposed by the PTA concerning arm's-length terms in transactions between OR and GR. Moreover, the PTA found that the suspension of interest payments had provided GR with an advantageous subsidy. Considering the facts of this case, the nature of transactions, as well as the PTA's assessment, the Authority is also of the preliminary view that the measure provided GR with an advantage that it would not have obtained under normal market conditions.

⁽⁸⁵⁾ Document No 931139.

⁽⁸⁶⁾ PTA Decision No 3/2019 of 20. März 2019, paragraphs 338–340.

⁽⁸⁷⁾ Document No 1073308.

⁽⁸⁸⁾ Judgment in *Eesti Pagar*, C-349/17, EU:C:2019:172, paragraph 89.

⁽⁸⁹⁾ Document No 1073308.

⁽⁹⁰⁾ PTA Decision No 25/2010 of 7. September 2010.

- (92) The PTA ordered GR to pay back the suspended interest payments, however, it did not order the company to pay back interest on those suspended payments ⁽⁹¹⁾. In order to effectively recover an unlawful advantage at national level, the beneficiary must be ordered to pay interest for the whole of the period in which it benefitted from that aid. The interest must at least be equivalent to that which would have been applied if the beneficiary had had to borrow the amount on the market at the time ⁽⁹²⁾. Although GR has paid back the market interest it was obliged to pay in the first place, it has not been required to pay back market interest on the advantage it obtained through the temporary suspension of interest payments. Therefore, the full advantage has not been adequately clawed back.
- (93) The second case, briefly described in paragraph (49) above, concerned funds deriving from OR and used to finance GR's fiber optic cable project in Ölfus Municipality ⁽⁹³⁾. The PTA concluded that the transfer of funds from ÖRF (but deriving from OR) to GR had amounted to a cross-subsidy between OR's protected geothermal activities and GR's competitive operations. Having considered the facts of the case and the PTA's assessment, the Authority takes the preliminary view that ÖRF's financing of the fibre optic cable network was not on market terms and therefore provided GR with an advantage.
- (94) The PTA ordered GR to undertake appropriate measures to repay the funds it received from ÖRF, although it did not stipulate how GR should go about this. Nevertheless, the PTA suggested that GR could either repay the funds to Ölfus Municipality or that the municipality could obtain an appropriate share in the project proportional to its investment. The Authority does not have information concerning how GR reacted to the PTA's proposals and which measures it adopted following the decision. At this stage, it is therefore not clear to the Authority whether the advantage has been fully clawed back from GR.
- (95) Finally, in its latest decision concerning the implementation of GR's financial separation for 2016–2017 (see Section 4.3.6 above), the PTA found two infringements of Article 36 of the Electronic Communications Act ⁽⁹⁴⁾:
- (i) The first infringement concerned OR's lending to GR from a shared cash pool, without a loan agreement reflecting market conditions.
 - (ii) The second infringement concerned conditions in GR's loan agreements with private lenders relating to OR's continuing majority ownership of GR. Such provisions had been included in GR's loan agreements with private lenders, since OR's loan financing of GR was replaced by private lenders, starting in 2014 and eventually being completely replaced at the end of 2017. The PTA found that by including these provisions, private lenders connected the ownership of OR to the loan agreements, in order to minimise the probability of default ⁽⁹⁵⁾. The PTA considered that such arrangements could lead to more advantageous loan terms and more access to loan capital than other comparable telecommunications undertakings and, therefore, distort competition ⁽⁹⁶⁾.
- (96) The Authority, considering the benchmarks applied by the PTA and its detailed assessment of these measures, takes the preliminary view that these two measures provided GR with an advantage that it would not have obtained under normal market conditions. Due to proportionality considerations, the PTA did not order the clawback of the aforementioned advantages.

5.2.4 Preliminary conclusions

- (97) Based on the above considerations, it is the Authority's preliminary view that GR has obtained an advantage within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement, which it could not have obtained under normal market conditions, by: (i) not paying market interest on the advantage it obtained through a temporary suspension of interest payments, (ii) receiving funds indirectly from OR for the layout of a fibre optic cable network in Ölfus Municipality, (iii) receiving short-term lending from OR, and (iv) through the inclusion of a condition in GR's loan agreements with private lenders on OR's continued majority ownership in GR.

5.3 Selectivity

- (98) To be characterised as state aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement, the measure must also be selective in that it favours „certain undertakings or the production of certain goods“. Not all measures which favour economic operators fall under the notion of aid, but only those which grant an advantage in a selective way to certain undertakings, categories of undertakings or to certain economic sectors.

⁽⁹¹⁾ PTA Decision No 25/2010 of 7. September 2010.

⁽⁹²⁾ Judgment in *Eesti Pagar*, C-349/17, EU:C:2019:172, paragraph 142.

⁽⁹³⁾ PTA Decision No 11/2015 of 2. Juni 2015.

⁽⁹⁴⁾ PTA Decision No 3/2019 of 20. März 2019.

⁽⁹⁵⁾ PTA Decision No 3/2019 of 20. März 2019, paragraph 353.

⁽⁹⁶⁾ PTA Decision No 3/2019 of 20. März 2019, paragraph 353.

- (99) The potential aid measures at issue, i.e. (i) not paying market interest on the advantage GR obtained through a temporary suspension of interest payments, (ii) receipt of funds indirectly from OR for the layout of a fibre optic cable network in Ölfus Municipality, (iii) short-term lending from OR to GR, and (iv) the inclusion of a condition in GR's loan agreements with private lenders on OR's continued majority ownership in GR, are individual measures addressed only to GR. The measures therefore appear to be selective within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.

5.4 *Effect on trade and distortion of competition*

- (100) The measures must be liable to distort competition and affect trade between the Contracting Parties to the EEA Agreement.
- (101) According to CJEU case law, it is not necessary to establish that the aid has a real effect on trade between the Contracting Parties to the EEA Agreement and that competition is actually being distorted, but only to examine whether the aid is liable to affect such trade and distort competition ⁽⁹⁷⁾. Furthermore, it is not necessary that the aid beneficiary itself is involved in intra-EEA trade. Even a public subsidy granted to an undertaking, which provides only local or regional services and does not provide any services outside its state of origin, may nonetheless have an effect on trade if such internal activity can be increased or maintained as a result of the aid, with the consequence that the opportunities for undertakings established in other Contracting Parties are reduced ⁽⁹⁸⁾.
- (102) GR is active in deploying a fibre network infrastructure in a market which can be entered directly or through financial involvement by participants from other EEA States. In general, the markets for electronic communications services (including the wholesale and the retail broadband markets) are open to trade and competition between operators and service providers across the EEA.
- (103) Therefore, it is the Authority's preliminary view that the measures are liable to distort competition and affect trade between the Contracting Parties to the EEA Agreement.

5.5 *Conclusion*

- (104) Based on the information provided by the Icelandic authorities and the complainant, the Authority has formed the preliminary view that the measures, i.e. (i) not paying market interest on the advantage GR obtained through a temporary suspension of interest payments, (ii) receipt of funds indirectly from OR for the layout of a fibre optic cable network in Ölfus Municipality, (iii) short-term lending from OR to GR, and (iv) the inclusion of a condition in GR's loan agreements with private lenders on OR's, fulfil all criteria in Article 61(1) of the EEA Agreement and therefore constitute state aid.

6 *Procedural requirements*

- (105) Pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3 to the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice („Protocol 3“): „The EFTA Surveillance Authority shall be informed, in sufficient time to enable it to submit its comments, of any plans to grant or alter aid. The State concerned shall not put its proposed measures into effect until the procedure has resulted in a final decision.“
- (106) The Icelandic authorities did not notify the potential aid measures to the Authority. It is therefore the Authority's preliminary view that the Icelandic authorities have not respected their obligations pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3. The granting of the potential aid therefore appears to be unlawful.

7 *Compatibility*

- (107) Having reached a preliminary conclusion that the measures might constitute unlawful aid, the Authority must assess whether they would be compatible with the functioning of the EEA Agreement.
- (108) The Authority can declare state aid compatible with the functioning of the EEA Agreement under its Articles 59(2) and 61(3)(c) provided that certain compatibility conditions are fulfilled.

⁽⁹⁷⁾ Case E-6/98 *Norway v ESA* [1999] EFTA Ct. Rep. 76.

⁽⁹⁸⁾ See for example judgments in *Eventech*, C-518/13, EU:C:2015:9, paragraph 66, *Libert and others*, C-197/11 and C-203/11, EU:C:2013:288, paragraph 77, *Friulia Venezia Giulia*, T-288/97, EU:T:2001:115, paragraph 41.

- (109) It is for the Icelandic authorities to invoke possible grounds for compatibility and to demonstrate that the conditions for compatibility are met ⁽⁹⁹⁾. However, the Icelandic authorities have not provided any arguments substantiating why the measures should be considered compatible with the functioning of the EEA Agreement. In particular, no arguments supporting the conclusion that the aid is targeted at a well-defined objective of common interest have been presented. Furthermore, the Icelandic authorities have not presented evidence suggesting that GR has been entrusted with a public service obligation. The Authority has also not identified any clear grounds for compatibility.
- (110) To the extent that the measures constitute state aid, the Authority therefore has doubts as to their compatibility with the functioning of the EEA Agreement

8 Conclusion

- (111) As set out above, the Authority has formed the preliminary view that the measures fulfil all criteria in Article 61(1) of the EEA Agreement and therefore appear to constitute state aid. The Authority furthermore has doubts as to whether the measures are compatible with the functioning of the EEA Agreement.
- (112) Consequently, and in accordance with Article 4(4) of Part II of Protocol 3, the Authority hereby opens the formal investigation procedure provided for in Article 1(2) of Part I of Protocol 3. The decision to open a formal investigation procedure is without prejudice to the final decision of the Authority, which may conclude that the measures do not constitute state aid or are compatible with the functioning of the EEA Agreement.
- (113) The Authority, acting under the procedure laid down in Article 1(2) of Part I of Protocol 3, invites the Icelandic authorities to submit, by **6 January 2020** their comments and to provide all documents, information and data needed for the assessment of the measures in light of the state aid rules.
- (114) The Icelandic authorities are requested to immediately forward a copy of this decision to OR.
- (115) If this letter contains confidential information which should not be disclosed to third parties, please inform the Authority by **13 December 2019**, identifying the confidential elements and the reasons why the information is considered to be confidential. In doing so, please consult the Authority's Guidelines on Professional Secrecy in State Aid Decisions ⁽¹⁰⁰⁾. If the Authority does not receive a reasoned request by that deadline, the Icelandic authorities will be deemed to agree to the disclosure to third parties and to the publication of the full text of the letter on the Authority's website: <http://www.eftasurv.int/state-aid/state-aid-register/> and in the Official Journal of the European Union and the EEA Supplement thereto.
- (116) Finally, the Authority will inform interested parties by publishing a meaningful summary of it in the Official Journal of the European Union and the EEA Supplement thereto. All interested parties will be invited to submit their comments within one month of the date of such publication. The comments will be communicated to the Icelandic authorities.

For the EFTA Surveillance Authority

Bente ANGELL-HANSEN
President
Responsible College Member

Frank J. BÜCHEL
College Member

Högni KRISTJÁNSSON
College Member

Carsten ZATSCHLER
Countersigning as Director,
Legal and Executive Affairs

⁽⁹⁹⁾ Judgment in *Italy v Commission*, C-364/90, EU:C:1993:157, paragraph 20.

⁽¹⁰⁰⁾ OJ L 154, 8.6.2006, p. 27 and EEA Supplement No 29, 8. Juni 2006, p. 1.

V

(Bekanntmachungen)

GERICHTSVERFAHREN

EFTA-GERICHTSHOF

EFTA-GERICHTSHOF URTEIL DES GERICHTSHOFS

vom 13. November 2019**in der Rechtssache E-2/19**

D und E

*(Freizügigkeit – sektorale Anpassungen für Liechtenstein – Aufenthaltsrecht – abgeleitetes Aufenthaltsrecht für Familienangehörige – Richtlinie 2004/38/EG)**(2020/C 40/04)*

In der Rechtssache E-2/19, D und E – ANTRAG des Verwaltungsgerichtshofs des Fürstentums Liechtenstein an den Gerichtshof gemäß Artikel 34 des Abkommens der EFTA-Staaten über die Errichtung einer EFTA-Überwachungsbehörde und eines EFTA-Gerichtshofs betreffend die Auslegung der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, in der an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum angepassten Fassung – erließ der Gerichtshof, bestehend aus Páll Hreinsson, Präsident (Berichterstatter), Bernd Hammermann, Richter, und Ola Mestad, Ersatzrichter, am 13. November 2019 ein Urteil mit folgendem Tenor:

Die sektoralen Anpassungen der Anhänge V und VIII des EWR-Abkommens, insbesondere Abschnitt III, entziehen Familienangehörigen von EWR-Staatsangehörigen, die über eine gültige Aufenthaltsbewilligung verfügen und sich in Liechtenstein aufhalten, nicht das Recht, den EWR-Staatsangehörigen auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe d der Richtlinie 2004/38/EG nach Liechtenstein zu begleiten oder ihm nachzuziehen, auch wenn die Aufenthaltsbewilligung des EWR-Staatsangehörigen in Liechtenstein nicht im Rahmen des in den sektoralen Anpassungen vorgesehenen Systems erteilt wurde.

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Bekanntmachung des bevorstehenden Außerkrafttretens bestimmter Antidumpingmaßnahmen

(2020/C 40/05)

1. Nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern ⁽¹⁾ gibt die Kommission bekannt, dass die unten genannten Antidumpingmaßnahmen zu dem in der nachstehenden Tabelle angegebenen Zeitpunkt außer Kraft treten, sofern keine Überprüfung nach dem folgenden Verfahren eingeleitet wird.

2. Verfahren

Die Unionshersteller können einen schriftlichen Antrag auf Überprüfung stellen. Dieser Antrag muss ausreichende Beweise dafür enthalten, dass das Dumping und die Schädigung im Falle des Außerkrafttretens der Maßnahmen wahrscheinlich anhalten oder erneut auftreten würden. Sollte die Kommission eine Überprüfung der betreffenden Maßnahmen beschließen, erhalten die Einführer, die Ausfühler, die Vertreter des Ausfuhrlands und die Unionshersteller Gelegenheit, die im Überprüfungsantrag dargelegten Sachverhalte zu ergänzen, zu widerlegen oder zu kommentieren.

3. Frist

Die Unionshersteller können nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung auf der genannten Grundlage einen schriftlichen Antrag auf Überprüfung stellen; dieser muss der Europäischen Kommission (Generaldirektion Handel, Referat H-1, CHAR 4/39, B-1049 Brüssel ⁽²⁾) spätestens drei Monate vor dem in nachstehender Tabelle angegebenen Zeitpunkt vorliegen.

4. Diese Bekanntmachung wird nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1036 veröffentlicht.

Ware	Ursprungs- oder Ausfuhrländer	Maßnahmen	Rechtsgrundlage	Zeitpunkt des Außerkrafttretens ⁽¹⁾
Bestimmte kornorientierte flachgewalzte Erzeugnisse aus Silicium-Elektrostahl	Volksrepublik China Japan Republik Korea Russische Föderation Vereinigte Staaten von Amerika	Antidumpingzoll	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2015/1953 der Kommission vom 29. Oktober 2015 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter kornorientierter flachgewalzter Erzeugnisse aus Silicium-Elektrostahl mit Ursprung in der Volksrepublik China, Japan, der Republik Korea, der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika (ABl. L 284 vom 30.10.2015, S. 109)	31.10.2020

⁽¹⁾ This notice is published in accordance with Article 11(2) of Regulation (EU) 2016/1036.

⁽¹⁾ ABL L 176 vom 30.6.2016, S. 21.

⁽²⁾ TRADE-Defence-Complaints@ec.europa.eu

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.9714 — Viacom/beIN/Miramax)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2020/C 40/06)

1. Am 29. Januar 2020 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Viacom International Inc. („Viacom“, USA), Teil der Unternehmensgruppe ViacomCBS Inc.,
- beIN Media Group, LLC („beIN“, Katar), Teil der Unternehmensgruppe beIN Corporation,
- MMX Media Finance, LLC („Miramax“, USA), derzeit unter der alleinigen Kontrolle von beIN.

Viacom und beIN übernehmen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über Miramax.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Viacom: globales Medien- und Unterhaltungsunternehmen,
- beIN: Unterhaltungsunternehmen u. a. aus dem Bereich der Sportmedien,
- Miramax: Unterhaltungsunternehmen aus dem Bereich der Produktion und des Verleihs von Filmen und Fernsehsendungen.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für bestimmte Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.9714 — Viacom/beIN/Miramax

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail, Fax oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 366 vom 14.12.2013, S. 5.

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Fax +32 22964301

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.9719 — Fairfax Financial Holdings Limited/OMERS Administration Corporation/Riverstone Barbados Limited)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2020/C 40/07)

1. Am 30. Januar 2020 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Fairfax Financial Holdings Limited („FFHL“, Kanada);
- Kingston Infrastructure Holdings Inc. („Kingston“, Kanada), kontrolliert von OMERS Administration Corporation („OMERS“, Kanada);
- Riverstone Barbados Limited („Riverstone“, Barbados).

FFHL und Kingston übernehmen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über die Gesamtheit von Riverstone.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- FFHL ist eine Holdinggesellschaft, die im Bereich der Sach- und Unfallversicherung sowie der Rückversicherung und der damit verbundenen Anlageverwaltung tätig ist.
- OMERS verwaltet den Ontario Municipal Employees Retirement System Primary Pension Plan und ist auch Treuhänder dieses Pensionsfonds. Das Unternehmen verwaltet ein diversifiziertes weltweites Portfolio aus Aktien und Schuldverschreibungen sowie Immobilien, privates Beteiligungskapital („Private Equity“) und Infrastrukturinvestitionen.
- Riverstone verwaltet die Abwicklungsversicherungsgeschäfte und -portfolios.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für bestimmte Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.9719 — FFHL / OMERS / Riverstone

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail, Fax oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Fax +32 22964301

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 366 vom 14.12.2013, S. 5.

SONSTIGE RECHTSHANDLUNGEN

EUROPÄISCHE KOMMISSION

**Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der
Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der
Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission**

(2020/C 40/08)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 ⁽¹⁾ der Kommission

MITTEILUNG ÜBER DIE GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Coteaux d’Ancenis“

PDO-FR-A0928-AM01

Datum der Mitteilung: 12. November 2019

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

1. Geografisches Gebiet

Das geografische Gebiet wird wie folgt geändert: „Alle Erzeugungsschritte erfolgen in dem vom staatlichen Institut für Ursprung und Qualität (Institut national de l’origine et de la qualité) auf der Sitzung des zuständigen nationalen Ausschusses vom 28. September 2011 genehmigten Gebiet. Es umfasst zum Zeitpunkt der Genehmigung dieser Spezifikation durch den zuständigen nationalen Ausschuss das Gebiet der folgenden Gemeinden auf der Grundlage des amtlichen geografischen Codes von 2018:

- Département Loire-Atlantique: Ancenis, Carquefou, Le Cellier, Couffé, Divatte-sur-Loire (nur für das Gebiet der *Commune déléguée* Barbechat), Ligné, Loireauxence (nur für das Gebiet der *Commune déléguée* Varades), Mauves-sur-Loire, Mésanger, Montrelais, Oudon, Saint-Géréon, Thouaré-sur-Loire, Vair-sur-Loire.
- Département Maine-et-Loire: Mauges-sur-Loire (nur für das Gebiet der *Commune déléguée* La Chapelle-Saint-Florent), Orée d’Anjou (nur für das Gebiet der *Communes déléguées* Bouzillé, Champptoceaux, Drain, Landemont, Liré und La Varenne).

Die kartografischen Unterlagen zum geografischen Gebiet sind auf der Website des staatlichen Instituts für Ursprung und Qualität abrufbar.“

Redaktionelle Änderung: Die neue Liste der Verwaltungseinheiten berücksichtigt Fusionen oder sonstige Neueinteilungen, die seit der Genehmigung der Produktspezifikation vorgenommen wurden. Zur Erhöhung der Rechtssicherheit wird sie entsprechend der geltenden Version des amtlichen geografischen Codes (COG) erfasst, der jedes Jahr vom französischen Statistikinstitut INSEE herausgegeben wird.

Ferner wird festgestellt, dass auf der Website des INAO kartografische Unterlagen, die das geografische Gebiet darstellen, zur besseren Information der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Nummer 6 des Einzigen Dokuments über das abgegrenzte geografische Gebiet wird entsprechend geändert.

2. Abgegrenztes Parzellengebiet

In Kapitel 1 Abschnitt IV Nummer 2 wird „abgegrenztes Parzellengebiet“ durch „Erzeugungsgebiet“ ersetzt.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung, die das abgegrenzte Parzellengebiet nicht ändert.

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

3. Gebiet in unmittelbarer Nähe

In Kapitel 1 Abschnitt IV Nummer 3 erhält die Liste der Gemeinden folgende Fassung:

- „Departement Loire-Atlantique: La Boissière-du-Doré, La Chapelle-Heulin, Divatte-sur-Loire (nur für das Gebiet der *Commune déléguée* La Chapelle-Basse-Mer), Gorges, Haute-Goulaine, Le Landreau, Le Loroux-Bottreau, Maisdon-sur-Sèvre, Mouzillon, La Remaudière, Saint-Julien-de-Concelles und Vallet.
- Departement Maine-et-Loire: Montrevault-sur-Èvre (nur für das Gebiet der *Communes déléguées* Puiset-Doré und Saint-Rémy-en-Mauges), Orée d'Anjou (nur für das Gebiet der *Communes déléguées* Saint-Laurent-des-Autels und Saint-Sauveur-de-Landemont), Sèvremoine (nur für das Gebiet der *Commune déléguée* Tillières).“

Redaktionelle Änderung: Die neue Liste der Verwaltungseinheiten berücksichtigt Fusionen oder sonstige Neueinteilungen, die seit der Genehmigung der Produktspezifikation vorgenommen wurden.

Nummer 9 des Einzigen Dokuments über zusätzliche Bedingungen wird entsprechend geändert.

4. Rebsortenbestand

Bei der Erzeugung der Rotweine und Roséweine darf nun Cabernet Franc als Nebensorte verwendet werden.

Cabernet Franc ist eine traditionelle Rebsorte des Gebiets und der geografischen Angabe. Sie verleiht dem Wein eine bestimmte Struktur, ohne seine typische Beschaffenheit zu verändern, wodurch eine gewisse Erzeugungssicherheit gegeben ist, da die Rebe nicht so empfindlich gegen Frost und Pilzkrankheiten ist wie die Sorte Gamay.

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

5. Verschnitt

- In Kapitel 1 Abschnitt V wird folgender Absatz eingefügt:

„2. Vorschriften zu den im Betrieb zugelassenen Rebsorten

Der Anteil der Nebensorte darf nicht mehr als 10 % des Rebsortenbestands betragen.

Die Übereinstimmung des Sortenbestands wird für die betreffende Farbe für die Gesamtheit der Parzellen des Betriebs bewertet, der den Wein mit der kontrollierten Ursprungsbezeichnung erzeugt.“

- In Kapitel 1 Abschnitt IX wird folgender Buchstabe a eingefügt:

„a) Verschnitt von Rebsorten

Die Rot- oder Roséweine stammen aus dem Verschnitt von Trauben oder Weinen mit denselben Anteilen wie die für den Sortenbestand des Betriebs vorgesehenen Anteile.“

Aufgrund des Hinzufügens der Rebsorte Cabernet Franc war es notwendig, eine Regelung für den Rebsortenbestand und den Verschnitt hinzuzufügen, die den Anteil dieser Rebsorte auf 10 % begrenzt.

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

6. Verpackung

In Abschnitt IX Nummer 2 wurde die Aufbewahrungsdauer der Analyseergebnisse für verpackte Chargen geändert; sie werden zur Gewährleistung einer besseren Kontrolle nun 12 Monate statt 6 Monate aufbewahrt.

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

7. Verbringung zwischen zugelassenen Lagerinhabern

Kapitel 1 Abschnitt IX Nummer 4 Buchstabe b bezüglich des Zeitpunkts der Verbringung des Weins zwischen zugelassenen Lagerinhabern wird gestrichen.

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

8. Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet

Der Zusammenhang wurde überarbeitet, um die Zahl der betreffenden Gemeinden zu aktualisieren (16 statt 22).

Nummer 8 des Einzigen Dokuments über den Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet wird entsprechend geändert.

9. Übergangsmaßnahme

Die ausgelaufenen Übergangsmaßnahmen wurden aus der Produktspezifikation gestrichen.

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

10. Kennzeichnung

In Abschnitt XII wird folgender Buchstabe c hinzugefügt: „c) Bei der Kennzeichnung von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung kann der Name einer kleineren geografischen Einheit angegeben werden, sofern

- es sich um einen in den Kataster aufgenommenen Ort handelt;
- dieser in der Erntemeldung angegeben ist.

Der Name des in den Kataster aufgenommenen Ortes wird in Zeichen gedruckt, deren Schriftgröße sowohl in der Höhe als auch in der Breite oder Dicke die Hälfte der Größe der Zeichen des Namens der kontrollierten Ursprungsbezeichnung nicht überschreiten. Er erscheint im selben Sichtfeld wie der Name der kontrollierten Ursprungsbezeichnung.“

Nummer 9 des Einzigsten Dokuments über zusätzliche Bedingungen wird entsprechend geändert.

11. Vorabmeldung der zur Erzeugung von Weinen mit der Ursprungsbezeichnung genutzten Parzellen

In Kapitel 2 Abschnitt I Nummer 1 wird der Zeitraum von 5 Jahren in Bezug auf die automatische Verlängerung gestrichen, um das Problem des Vergessens zu vermeiden und die automatische Verlängerung nur beizubehalten, wenn der Betreiber mitgeteilt hat, dass keine Änderung vorliegt.

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

12. Anspruchserklärung

Die Anspruchserklärung wird nun bis zum 31. Dezember und nicht bis zum 10. Dezember übermittelt.

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

13. Vorabmeldung des Verkaufs von unverpacktem Wein

In Kapitel 2 Abschnitt I Nummer 3 Absatz 1 werden vor „Verkauf“ das Wort „ersten“ und nach „Verkauf“ die Wörter „der ersten Charge des betreffenden Jahres oder das erste Inverkehrbringen des Weins für den Verbraucher“ eingefügt.

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

14. Vorabmeldung des Verpackens

In Kapitel 2 Abschnitt I Nummer 4 wird folgender Gedankenstrich angefügt:

„— das voraussichtliche Datum des Verpackens.“

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

15. Meldung der Herabstufung

In Kapitel 2 Abschnitt I Nummer 6 wird „innerhalb eines Monats“ durch „bis spätestens 15. Dezember“ ersetzt.

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

16. Weinbauregister

Kapitel 2 Abschnitt II Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. Weinbauregister

- a) Jeder Marktteilnehmer, der Rebstöcke bewirtschaftet, die für die Erzeugung des Weins mit der kontrollierten Ursprungsbezeichnung geeignet sind, übermittelt vor dem 1. Juni des Erntejahres ein Register der Parzellen, für die er auf die Erzeugung des Weins mit der kontrollierten Ursprungsbezeichnung verzichtet und die Bedingungen für die Erzeugung des Weins mit der kontrollierten Ursprungsbezeichnung auf diese Rebflächen nicht anwenden möchte.

Der *Organisme de Défense et de Gestion* kann von den Marktteilnehmern eine Kopie dieses Registers anfordern.

- b) Jeder Marktteilnehmer, der von einer (oder mehreren) Übergangsmaßnahme(n) betroffen ist, stellt dem *Organisme de Défense et de Gestion* und der zugelassenen Prüfstelle ein Verzeichnis der betreffenden Parzellen zur Verfügung, das folgende Angaben enthält:

- die Katasternummer der Parzelle;
- die vorgesehene Übergangsmaßnahme.“

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

17. Kellereiregister

In Kapitel 2 Abschnitt II Nummer 2 wird der Begriff „Katalog“ durch „Register“ ersetzt, und es wird hinzugefügt, dass Herabstufungen in diesem Register aufgeführt werden.

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

18. Wichtigste zu kontrollierende Aspekte

Kapitel 3 wurde überarbeitet, um eine einheitliche Formulierung der wichtigsten zu kontrollierenden Aspekte in den Produktspezifikationen für das Gebiet Pays Nantais zu gewährleisten.

Das Einzige Dokument wird von dieser Änderung nicht berührt.

EINZIGES DOKUMENT

1. Name des erzeugnisses

„Coteaux d'Ancenis“

2. Art der geografischen angabe

g. U. – geschützte Ursprungsbezeichnung

3. Kategorien von weinbauerzeugnissen

1. Wein

4. Beschreibung des weines/der weine

Rotweine

Die Weine sind rote Stillweine.

Die analytischen Eigenschaften der Weine sind:

- Natürlicher Mindestalkoholgehalt: 10,5 % für Rotweine
- Maximaler Gesamtalkoholgehalt nach Anreicherung: 12,5 % für Rotweine
- Gesamtsäuregehalt: zwischen 57,1 und 102,1 Milliäquivalent pro Liter für Rotweine
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure: 13,3 Milliäquivalent pro Liter für Rotweine
- Gehalt an vergärbaren Zuckern (Glucose + Fructose): höchstens 3 Gramm pro Liter für Rotweine
- Maximaler Gehalt an Apfelsäure: höchstens 0,3 Gramm pro Liter für Rotweine. Bei den Rotweinen ist die malolaktische Gärung abgeschlossen.

Der Gesamtschwefeldioxidgehalt und der vorhandene Gesamtalkoholgehalt der Rotweine entsprechen den europäischen Rechtsvorschriften.

Die Rotweine weisen eine brillante Farbe auf, deren Nuancen von kirschrot bis granatrot reichen. Den Geruch dominieren häufig Aromen von roten Früchten, die manchmal von Gewürznoten begleitet werden. Sie weisen in der Regel elegante Tannine auf, die ihnen einen geschmeidigen und zarten Geschmack verleihen, der durch eine gewisse Frische noch verbessert wird.

Allgemeine Analysemerkmale

Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäuregehalt	
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

Weißweine

Die Weine sind weiße Stillweine.

Die analytischen Eigenschaften der Weine sind:

- Natürlicher Mindestalkoholgehalt: 11,5 % für Weißweine
- Maximaler Gesamtalkoholgehalt nach Anreicherung: 13,5 % für Weißweine
- Gesamtsäuregehalt: zwischen 57,1 und 112,3 Milliäquivalent pro Liter für Weißweine
- Gehalt an vergärbaren Zuckern (Glucose + Fructose): zwischen 20 und 40 Gramm pro Liter für Weißweine

Weißweine, deren gelbe Farbe auf Fülle hinweist, entwickeln in der Regel intensive aromatische Noten, die an reife oder exotische Früchte erinnern. Die Vorschriften in Bezug auf ihre Analysestandards gewährleisten in den meisten Fällen den ausgewogenen Geschmack dieser Weine, da der auf die vergärbaren Zucker zurückzuführende abgerundete Charakter ein Gegengewicht zu der charakteristischen Frische der Weine aus dem Loirebecken bildet.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	10
Mindestgesamtsäuregehalt	
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	13,3
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

Roséweine

Die Weine sind stille Roséweine.

Die analytischen Eigenschaften der Weine sind:

- Natürlicher Mindestalkoholgehalt: 10 % für Roséweine
- Maximaler Gesamtalkoholgehalt nach Anreicherung: 12 % Roséweine
- Gesamtsäuregehalt: zwischen 57,1 und 102,1 Milliäquivalent pro Liter für Roséweine
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure: 10,2 Milliäquivalent pro Liter für Roséweine
- Gehalt an vergärbaren Zuckern (Glucose + Fructose): höchstens 4 Gramm pro Liter für Rotweine

Der Gesamtschwefeldioxidgehalt und der vorhandene Gesamtalkoholgehalt der Roséweine entsprechen den europäischen Rechtsvorschriften.

Die Roséweine weisen einen klaren Farbton auf, der von blassrosa bis lachsrosa reicht. Ihre feinen und diskreten Aromen weisen auf Frische hin und entsprechen in der Regel fruchtigen Noten. Im Geschmack sind diese Weine typischerweise durch ihre leichte und frische Beschaffenheit sowie durch Spritzigkeit gekennzeichnet.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäuregehalt	
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. Weinbereitungsverfahren

- a. Wesentliche önologische Verfahren

Anbauverfahren

Die Reben weisen eine Pflanzdichte von mindestens 6000 Stöcken pro Hektar auf.

Der Abstand zwischen den Rebzeilen beträgt höchstens 1,60 Meter, und der Abstand zwischen den Stöcken in derselben Rebzeile liegt zwischen 0,90 Meter und 1,10 Meter.

Die Reben werden mit maximal 12 Augen pro Stock geschnitten:

- entweder als Kurzschnitt (Cordon-Royat-, Gobelet- oder Fächerschnitt)
- oder im einfachen Guyot-Schnitt.

Der Schnitt wird vor dem 31. Mai des Jahres der Ernte abgeschlossen.

Im phänologischen Stadium („Fruchtansatz“) beträgt die Anzahl der fruchttragenden Zweige des Jahres pro Stock höchstens 10.

Spezifisches önologisches Verfahren

Bei der Herstellung von Roséweinen darf önologische Holzkohle weder als solche noch in Zubereitungen eingemischt verwendet werden.

Anreicherungsverfahren durch Wasserentzug sind bei Rotweinen bis zu einer teilweisen Konzentrierung von 10 % der derart angereicherten Mengen zulässig.

Die Weine dürfen nach der Anreicherung folgenden Gesamtalkoholgehalt nicht überschreiten: Weißweine 13,5 % vol, Roséweine 12 % vol, Rotweine 12,5 % vol.

Darüber hinaus müssen die Weine hinsichtlich der önologischen Verfahren den Verpflichtungen auf Unionsebene und des Gesetzbuchs für Landwirtschaft und Seefischerei (Code rural et de la pêche maritime) entsprechen.

b. Höchsterträge

Weißweine

55 Hektoliter je Hektar

Rot- und Roséweine

66 Hektoliter je Hektar

6. Abgegrenztes geografisches gebiet

Alle Erzeugungsschritte erfolgen in dem vom staatlichen Institut für Ursprung und für Qualität (Institut national de l'origine et de la qualité) auf der Sitzung des zuständigen nationalen Ausschusses vom 28. September 2011 genehmigten Gebiet. Es umfasst zum Zeitpunkt der Genehmigung dieser Spezifikation durch den zuständigen nationalen Ausschuss das Gebiet der folgenden Gemeinden auf der Grundlage des amtlichen geografischen Codes von 2018:

- Département Loire-Atlantique: Ancenis, Carquefou, Le Cellier, Couffé, Divatte-sur-Loire (nur für das Gebiet der *Commune déléguée* Barbechat), Ligné, Loireauxence (nur für das Gebiet der *Commune déléguée* Varades), Mauves-sur-Loire, Mésanger, Montrelais, Oudon, Saint-Géréon, Thouaré-sur-Loire, Vair-sur Loire.
- Département Maine-et-Loire: Mauges-sur-Loire (nur für das Gebiet der *Commune déléguée* La Chapelle-Saint-Florent), Orée d'Anjou (nur für das Gebiet der *Communes déléguées* Bouzillé, Champptoceaux, Drain, Landemont, Liré und La Varenne).

7. Hauptrebsorten

Gamay N

Pinot Gris G

8. Beschreibung des zusammenhangs bzw. Der zusammenhänge

Beschreibung der natürlichen Faktoren, die für den Zusammenhang von Bedeutung sind

Das geografische Gebiet erstreckt sich an beiden Ufern der Loire auf halbem Weg zwischen den Städten Nantes und Angers. Die Rebstöcke werden größtenteils auf den dem Fluss direkt zugewandten Hängen angebaut, manchmal auch auf den Hängen der Seitentäler. Sie sind in Stufen an den Hängen angelegt, meistens in Höhen zwischen 20 m und 80 m, und unterscheiden sich in der Landschaft deutlich von den umliegenden Hochebenen, die auf Gemischtkultur und Viehhaltung ausgerichtet sind. Das geografische Gebiet erstreckt sich im Umkreis der Gemeinde Ancenis auf das Gebiet von 16 Gemeinden der Départements Loire-Atlantique und Maine-et-Loire.

Das Anbaugebiet ist auf den alten metamorphen Formationen des Armorikanischen Massivs angesiedelt, die hauptsächlich aus Schiefer, Glimmerschiefer und Gneis bestehen. Aufgrund dieses harten Gesteins sind die Böden kieshaltig und oft steinig sowie auf den Hängen, die früher der Erosion durch die Loire ausgesetzt waren, nur wenig tiefgründig. Traditionsgemäß besteht das für die Traubenlese abgegrenzte Parzellengebiet nur aus Parzellen auf den Hängen, die hauptsächlich und traditionell zur Weinkultur dienen und deren gesunde und wenig tiefgründige Böden über einen begrenzten Wasserspeicher verfügen und mäßig fruchtbar sind. Diese Böden trocknen und erwärmen sich rasch.

In dem geografischen Gebiet herrscht ein gemäßigtes Meeresklima, da die Loire dazu beiträgt, den maritimen Einfluss in das Land zu lenken, zumal der Fluss in der Region Ancenis derselben Richtung folgt wie die vorherrschenden Winde. Die durchschnittliche Jahrestemperatur liegt bei etwa 11,5 °C; die Winter sind mild und die Sommer kühl. Die Niederschläge von etwa 700 mm pro Jahr verteilen sich gut über das gesamte Jahr, wobei im Sommer jedoch ein deutliches Wasserdefizit zu verzeichnen ist. Vor der Springtide zur Tag- und Nachtgleiche am Beginn des Herbsts weist das geografische Gebiet oft eine windige und trockene Periode auf.

Beschreibung der menschlichen Tätigkeiten, die für den Zusammenhang von Bedeutung sind

Während der Weinanbau schon seit sehr langer Zeit in der Region Ancenis existiert, hat er sich vor allem ab dem 11. Jahrhundert durch die Entstehung zahlreicher Priorate entlang der Loire verbreitet. Die für Weinbauerzeugnisse errichteten Zehnten belegen die intensive Weinbautätigkeit an den Ufern des Flusses im Mittelalter. Der Hafen von Ancenis spielte schon bald eine zentrale Rolle beim Weinhandel und beim Transport von Weinen aus der Region. So genehmigte Charles IX im Jahr 1573 die Anstellung von vier Weinmaklern im Hafen von Ancenis, deren Zahl 1584 auf zehn erhöht wurde. Unter Louis XVI gab es in der Stadt regelmäßig etwa zwanzig Schiffe, die am Weinhandel beteiligt waren.

Ab dem 17. Jahrhundert erhöhte sich die Erzeugung von lieblichen Weißweinen des Weinbaugebiets Ancenis mit der Einführung der Rebsorte Pinot Gris G. Der daraus hervorgegangene Wein wurde im Verlauf der Zeit als „Malvoisie“ bezeichnet. Die anderen Rebsorten traten erst später auf, wie die Rebsorte Gamay N, die Mitte des 19. Jahrhunderts eingeführt wurde. Zu dieser Zeit erfuhr der Weinhandel seinen Höhepunkt, als die Weine von Nantes aus über Orléans nach Paris oder nach Nordeuropa und in die Bretagne transportiert wurden.

Nach der Reblausplage wurden die Rebflächen wieder aufgebaut, und seitdem finden die heute noch genutzten Rebsorten und Reberziehungsverfahren Anwendung, einschließlich der Pflanzdichte von 6 000 Stöcken/ha bis 7 000 Stöcken/ha. Mit der Zeit wurden mehr trockene Roséweine und Rotweine als liebliche Weißweine „Malvoisie“ erzeugt. Die Gründung des Weinverbands des Landkreises Ancenis im Jahr 1907 ist Ausdruck dafür, dass die lokale Dynamik des Weinbaus fortbesteht. Die Produktionsvorschriften, die die Erzeuger nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegt hatten, führten im Jahr 1954 zur Anerkennung der Ursprungsbezeichnung „Coteaux d'Ancenis“ für einen Wein höherer Qualität.

2009 umfasst das Weinbaugebiet 180 Hektar, die von rund 30 Erzeugern bewirtschaftet werden, mit einer durchschnittlichen Jahreserzeugung von mehr als 10 000 Hektolitern, davon 45 % Roséweine, 38 % Rotweine und 17 % Weißweine. Weißweine, deren gelbe Farbe auf Fülle hinweist, entwickeln in der Regel intensive aromatische Noten, die an reife oder exotische Früchte erinnern. Die Vorschriften in Bezug auf ihre Analysestandards gewährleisten in den meisten Fällen den ausgewogenen Geschmack dieser Weine, da der auf die vergärbaren Zucker zurückzuführende abgerundete Charakter ein Gegengewicht zu der charakteristischen Frische der Weine aus dem Loirebecken bildet.

Die Rotweine weisen eine brillante Farbe auf, deren Nuancen von kirschrot bis granatroten reichen. Den Geruch dominieren häufig Aromen von roten Früchten, die manchmal von Gewürznoten begleitet werden. Sie weisen in der Regel elegante Tannine auf, die ihnen einen geschmeidigen und zarten Geschmack verleihen, der durch eine gewisse Frische noch verbessert wird.

Die Roséweine weisen einen klaren Farbton auf, der von blassrosa bis lachsrosa reicht. Ihre feinen und diskreten Aromen weisen auf Frische hin und entsprechen in der Regel fruchtigen Noten. Im Geschmack sind diese Weine typischerweise durch ihre leichte und frische Beschaffenheit sowie durch Spritzigkeit gekennzeichnet. In dem geografischen Gebiet, das zwischen den Weinbaugebieten von Nantes und Angers sowie direkt an der Loire und somit an einer wichtigen Kommunikationsroute liegt, konnten die Erzeuger der Weine „Coteaux d'Ancenis“ diesen doppelten Einfluss nutzen, um Techniken zur Erzeugung zu entwickeln, die an ihre natürliche Umwelt angepasst sind.

Die Hänge in dem geografischen Gebiet, die von der Loire in den metamorphen Formationen des Armorkanischen Massivs gebildet wurden, weisen überwiegend Böden auf, die durch ihre erhöhte Erwärmungsfähigkeit, die schnelle natürliche Entwässerung und den begrenzten Wasserspeicher die Reifung der Trauben begünstigen, sodass sich bereits im Mittelalter ein aktiver kommerzieller Weinbau um den Hafen von Ancenis entwickelte. Obwohl das geografische Gebiet unter ozeanischem Einfluss steht, weist sein Klima darüber hinaus oft die Besonderheit einer windigen und trockenen Periode am Ende des Sommers und Anfang des Herbstes auf. Zusammen mit den offenen Landschaften an den Ufern der Loire ist dieser natürliche Umstand ein wesentlicher Grund dafür, dass sich in der Region die Erzeugung von Rot- und Roséweinen entwickelt hat. Die armen und sauren Böden der für die Traubenernte abgegrenzten

Parzellen eignen sich insbesondere für die Rebsorte Gamay N, wobei sie die häufig beobachtete Wuchskraft dieser Rebsorte einschränken. Dies erklärt, warum diese Rebsorte trotz ihrer späten Einführung die bestehenden schwarzen Sorten ersetzt hat. Durch eine angepasste Bewirtschaftung des Weinbaugebiets und die Kontrolle der Erträge können die Rotweine ihr gesamtes Aroma entfalten und die Roséweine delikate, fruchtige Noten entwickeln.

Das Klima ermöglicht auch die Erzeugung lieblicher Weißweine aus gesunden und voll ausgereiften Trauben. Das Klima förderte auch die rasche Akklimatisierung der empfindlichen Rebsorte Pinot Gris G. Die milden Sommertemperaturen des geografischen Gebiets sind ein echter Vorteil, um die Feinheit ihrer Aromen zu erhalten, wobei durch den eingeschränkten Abbau organischer Säuren in den Trauben die charakteristische Frische der Weine gewährleistet wird. Diese Weine, die eine große Originalität aufweisen und vor Ort unter der Bezeichnung „Malvoisie“ bekannt sind, sind ein Aushängeschild der lokalen Weinbautradition.

Die seit Beginn des 20. Jahrhunderts gewerkschaftlich organisierten Erzeuger haben sich ständig für die Verbesserung der Produktqualität eingesetzt. Die Anerkennung der „Coteaux d'Ancenis“ als kontrollierte Ursprungsbezeichnung, die mit einer Konzentration des abgegrenzten Parzellengebiets auf die besten Hänge, der Beschränkung auf die zwei Rebsorten Gamay N und Pinot Gris G sowie strengeren Erzeugungsvorschriften einherging, ist ein Garant für eine künftig noch stärkere Ausprägung der typischen Merkmale des Weins.

9. Weitere wesentliche bedingUN (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)

Rechtsrahmen:

Nationale Rechtsvorschriften

Art der weiteren Bedingung:

Ausnahme von der Erzeugung in dem abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Das Gebiet in unmittelbarer Nähe, in dem eine Ausnahme für die Weinerzeugung und Weinbereitung gilt, besteht aus dem Gebiet der folgenden Gemeinden auf der Grundlage des amtlichen geografischen Codes aus dem Jahr 2018:

- Département Loire-Atlantique: La Boissière-du-Doré, La Chapelle-Heulin, Divatte-sur-Loire (nur für das Gebiet der *Commune déléguée* La Chapelle-Basse-Mer), Gorges, Haute-Goulaine, Le Landreau, Le Loroux-Bottereau, Maisdon-sur-Sèvre, Mouzillon, La Remaudière, Saint-Julien-de-Concelles und Vallet.
- Département Maine-et-Loire: Montrevault-sur-Èvre (nur für das Gebiet der *Communes déléguées* Puiset-Doré und Saint-Rémy-en-Mauges), Orée d'Anjou (nur für das Gebiet der *Communes déléguées* Saint-Laurent-des-Autels und Saint-Sauveur-de-Landemont), Sèvremoine (nur für das Gebiet der *Commune déléguée* Tillières).

Rechtsrahmen:

Nationale Rechtsvorschriften

Art der weiteren Bedingung:

Zusätzliche Bestimmungen für die Kennzeichnung:

Beschreibung der Bedingung:

Der Name der kontrollierten Ursprungsbezeichnung kann gemäß den in der Produktspezifikation festgelegten Regeln für die Verwendung der geografischen Bezeichnung „Val de Loire“ durch diese Bezeichnung ergänzt werden.

Der Name der kontrollierten Ursprungsbezeichnung kann gemäß den in der Produktspezifikation festgelegten Regeln für die Verwendung der Bezeichnung „Malvoisie“ durch diese Bezeichnung ergänzt werden. Diese Bezeichnung ist stillen Weißweinen vorbehalten.

Alle fakultativen Angaben, deren Verwendung gemäß den Gemeinschaftsvorschriften von den Mitgliedstaaten geregelt werden kann, sind auf den Etiketten in einer Schriftgröße aufzubringen, die in der Höhe, Breite und Dicke maximal doppelt so groß sind wie die Zeichen des Namens der kontrollierten Ursprungsbezeichnung.

Die Schriftgröße für die ergänzende geografische Bezeichnung „Val de Loire“ und die herkömmliche Bezeichnung „Malvoisie“ darf sowohl in der Höhe als auch in der Breite und Dicke nicht größer sein als zwei Drittel der Größe der Zeichen des Namens der kontrollierten Ursprungsbezeichnung.

Rechtsrahmen:

Nationale Rechtsvorschriften

Art der weiteren Bedingung:

Zusätzliche Bestimmungen für die Kennzeichnung:

Beschreibung der Bedingung:

Bei der Kennzeichnung von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung kann der Name einer kleineren geografischen Einheit angegeben werden, sofern:

- es sich um einen in den Kataster aufgenommenen Ort handelt;
- dieser in der Erntemeldung angegeben ist.

Der Name des in den Kataster aufgenommenen Ortes wird in Zeichen gedruckt, deren Schriftgröße sowohl in der Höhe als auch in der Breite oder Dicke die Hälfte der Größe der Zeichen des Namens der kontrollierten Ursprungsbezeichnung nicht überschreiten. Er erscheint im selben Sichtfeld wie der Name der kontrollierten Ursprungsbezeichnung.

Link zur produktspezifikation

https://info.agriculture.gouv.fr/gedei/site/bo-agri/document_administratif-0569c539-0b4c-4402-9b68-c63cca20f36f

Mitteilung an Unternehmen, die beabsichtigen, 2021 teilfluorierte Kohlenwasserstoffe als Massengut in der Europäischen Union in Verkehr zu bringen

(2020/C 40/09)

1. Diese Mitteilung richtet sich an jedes Unternehmen, das gemäß Artikel 16 Absätze 2 und 4 der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ (im Folgenden die „Verordnung“) seine Absicht anmelden möchte, im Jahr 2021 in der Union teilfluorierte Kohlenwasserstoffe als Massengut in Verkehr zu bringen:
2. Teilfluorierte Kohlenwasserstoffe sind die in Anhang I Abschnitt 1 der Verordnung genannten Stoffe oder Gemische, die einen dieser Stoffe enthalten:

HFKW-23, HFKW-32, HFKW-41, HFKW-125, HFKW-134, HFKW-134a, HFKW-143, HFKW-143a, HFKW-152, HFKW-152a, HFKW-161, HFKW-227ea, HFKW-236cb, HFKW-236ea, HFKW-236fa, HFKW-245ca, HFKW-245fa, HFKW-365mfc, HFKW-43-10mee.
3. Außer für die in Artikel 15 Absatz 2 Buchstaben a bis f der Verordnung genannten Verwendungen oder bei einer jährlichen Gesamtmenge dieser Stoffe von weniger als 100 Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Jahr unterliegt jedes Inverkehrbringen dieser Stoffe den Mengenbeschränkungen im Rahmen des Quotensystems gemäß den Artikeln 15 und 16 sowie den Anhängen V und VI der Verordnung.
4. Im Einklang mit der Durchführungsverordnung (EU) 2019/661 der Kommission ⁽²⁾ müssen Einführer zum Zeitpunkt der Überführung von HFKW in den zollrechtlich freien Verkehr im F-Gas-Portal und HFKW-Lizenzierungssystem ⁽³⁾ über eine gültige Registrierung als Einführer von HFKW als Massengut verfügen. Eine solche Registrierung ist als obligatorische Einfuhrlizenz anzusehen. Eine vergleichbare Lizenz ist für die Ausfuhr von HFKW erforderlich ⁽⁴⁾.
5. Einführer sollten im Einheitspapier der Versandanmeldung als „Empfänger“ (Feld 8) eingetragen sein. Den Einführern wird dringend nahegelegt, zum Zeitpunkt der Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr die Menge der HFKW in CO₂-Äquivalenten direkt im Einheitspapier (Feld 44) anzugeben, da dies die Zollabfertigung ihrer Waren und die Feststellung von deren Übereinstimmung mit der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 erheblich erleichtern kann.
6. Gemäß Anhang VI der Verordnung wird die Summe der auf der Grundlage der Referenzwerte zugewiesenen Quoten von der Höchstmenge des Jahres 2021 abgezogen, um die Menge festzulegen, die aus dieser Reserve zuzuweisen ist.
7. Alle von den Unternehmen übermittelten Daten, Quoten und Referenzwerte werden im elektronischen F-Gas-Portal und HFKW-Lizenzierungssystem gespeichert. Alle Daten im elektronischen F-Gas-Portal und HFKW-Lizenzierungssystem einschließlich Quoten, Referenzwerte, geschäftlicher und personenbezogener Daten werden von der Europäischen Kommission vertraulich behandelt.
8. Unternehmen, die eine Quote aus dieser Reserve erhalten wollen, müssen das in den Ziffern 9 bis 12 dieser Mitteilung beschriebene Verfahren anwenden.
9. Gemäß Artikel 16 Absatz 2 und Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung müssen die Unternehmen im online verfügbaren F-Gas-Portal und HFKW-Lizenzierungssystem über ein von der Kommission gemäß ihrer Durchführungsverordnung (EU) 2019/661 genehmigtes gültiges Registrierungsprofil als Hersteller und/oder Einführer von teilfluorierten Kohlenwasserstoffen verfügen. Um die ordnungsgemäße Bearbeitung des Registrierungsantrags sicherzustellen, für die möglicherweise weitere Angaben erforderlich sind, muss ein solcher Antrag spätestens einen Monat vor Beginn des Anmeldezeitraums, also vor dem 14. März 2020 gestellt werden (siehe auch Ziffer 10). Bei Anträgen, die nach Ablauf dieser Frist eingehen, kann nicht gewährleistet werden, dass vor Ende des Anmeldezeitraums endgültig über den Antrag auf Registrierung entschieden werden kann (siehe Ziffer 10). Für Unternehmen, die noch nicht registriert sind, sind auf den Webseiten der GD CLIMA Anweisungen für die Registrierung abrufbar. ⁽⁵⁾
10. Das Unternehmen muss im Anmeldezeitraum vom 14. April bis zum 14. Mai 2020, 13.00 Uhr MEZ, im F-Gas-Portal und HFKW-Lizenzierungssystem die für 2021 erwarteten Mengen anmelden.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über fluorierte Treibhausgase und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 195).

⁽²⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2019/661 der Kommission vom 25. April 2019 zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des elektronischen Registers für Quoten für das Inverkehrbringen von teilfluorierten Kohlenwasserstoffen (ABl. L 112 vom 26.4.2019, S. 11).

⁽³⁾ Gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 eingerichtetes Register: <https://webgate.ec.europa.eu/ods2/resources/domain>

⁽⁴⁾ Siehe auch Artikel 1 Absatz 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2017/1375 der Kommission (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 4).

⁽⁵⁾ https://ec.europa.eu/clima/sites/clima/files/f-gas/docs/guidance_document_en.pdf

11. Nur fehlerfreie, vorschriftsmäßig ausgefüllte Anmeldungen, die bis zum 14. Mai 2020, 13.00 Uhr MEZ, eingehen, werden von der Kommission berücksichtigt.
 12. Auf der Grundlage dieser Anmeldungen weist die Kommission diesen Unternehmen im Einklang mit Artikel 16 Absätze 2, 4 und 5 sowie mit den Anhängen V und VI der Verordnung eine Quote zu.
 13. Gemäß Artikel 7 der Durchführungsverordnung (EU) 2019/661 gelten für die Zuweisung von Quoten für das Inverkehrbringen von teilfluorierten Kohlenwasserstoffen gemäß Artikel 16 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 alle Unternehmen mit demselben/denselben wirtschaftlichen Eigentümer(n) im Einklang mit Artikel 16 Absätze 2 und 4 der Verordnung als ein einziger Anmelder.
 14. Die Kommission setzt die Unternehmen über das F-Gas-Portal und HFKW-Lizenzierungssystem über die zugewiesene Gesamtquote für 2021 in Kenntnis.
 15. Die Registrierung im F-Gas-Portal und HFKW-Lizenzierungssystem und/oder eine Absichtserklärung zum Inverkehrbringen von teilfluorierten Kohlenwasserstoffen im Jahr 2021 allein begründet noch nicht das Recht, 2021 teilfluorierte Kohlenwasserstoffe in Verkehr zu bringen.
-

ISSN 1977-088X (elektronische Ausgabe)
ISSN 1725-2407 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE